

INHALT

25 JAHRE MAUERFALL: 4 – 9

Vom Loch im Eisernen Vorhang
zum Tag der deutschen Einheit:
die Jahre 1989 und 1990 im Landtag 5

Schreibmaschinen aus Kiel
für die Kollegen in Schwerin:
Der Landtag hilft beim Aufbau des
Landes Mecklenburg-Vorpommern 7

„Wo waren Sie
am 9. November 1989?“ –
Abgeordnete berichten, wie sie
den Mauerfall erlebt haben 8

Fakten zur innerdeutschen Grenze
in Schleswig-Holstein,
Festakt in Ratzeburg 9

Buchtipp:

„Schleswig-Holstein 1800 bis heute.
Eine historische Landeskunde“ 10

Altenparlament:

Senioren fordern Inklusion 11

IM ZENTRUM: 12 – 13

25 Jahre nach dem Mauerfall:
„Ossis“ und „Wessis“ im Landtag

PLENARBERICHTE 14 – 15

Wohnungsnot in Ballungsräumen:
Dauermieter kontra Durchgangs-
reisende 14

Landesverfassung:
Präambel ohne Gott 15

Die Seite fürs Ehrenamt 16

Der Landtag in Leichter Sprache 17

Ausschüsse I:

Wirtschaftsausschuss nimmt
Rostfässer im AKW Brunsbüttel
unter die Lupe 18

Ausschüsse II:

Europapolitiker auf der Ostsee-
parlamentarierkonferenz /
Bildungsausschuss für mehr
„Digitales Lernen“ 19

Meldungen 20

Personalien 21

Im Porträt:

Volker Dornquast (CDU), Beate Raudies
u. Torsten Albig (SPD)/ Impressum 22

Ins Bild gerückt:

Besucher im Landeshaus 23

Termine, Termine, Termine 24

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

in diesem Herbst jähren sich die friedliche Revolution in der DDR und der Fall der Berliner Mauer am 9. November 1989 zum 25. Mal.

Wir blicken in dieser Ausgabe zurück, wie die Landespolitik damals auf die Umwälzungen im Osten reagiert hat. Die Schweriner Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider berichtet, wie das neue Bundesland Mecklenburg-Vorpommern entstand – auch mit „Starthilfe“ aus Kiel. Und einige Landtagsabgeordnete erinnern sich, wo sie am 9. November 1989 waren und was sie empfanden, als sie die Nachricht vom Mauerfall hörten. Am 9. November dieses Jahres würdigt der Landtag die Ereignisse von 1989 mit einer Festveranstaltung in Ratzeburg.

Der Herbst 2014 war in Kiel geprägt von umfangreichen Personal-Rochaden. Sowohl bei der Landesregierung als auch bei der CDU-Fraktion gab es Rücktritte und Neubesetzungen. Der Kurs der Koalition und der Zustand der Opposition waren Gegenstand heftiger Debatten in der Oktober-Sitzung. Auch hierüber berichten wir in dieser Ausgabe.

Viel Spaß beim Lesen wünscht

Ihre Redaktion

**BUND - LÄNDER - FINANZEN:
Landtag fordert Mitsprache**

Die Finanzbeziehungen zwischen Bund und Ländern sollen in den nächsten Jahren neu geregelt werden. Hierbei dürfen die Landesparlamente nicht am Katzentisch sitzen. Das haben die Fraktionen im Landtag einstimmig gefordert.

Die Landesparlamente müssten als Haushaltsgesetzgeber an den Verhandlungen mitwirken, heißt es in einer gemeinsamen Erklärung, die CDU, SPD, Grüne, FDP, Piraten und SSW im September beschlossen haben. Denn: „Die in der Verfassung verankerte Schuldenbremse und die Haushaltslage des Landes stellen uns vor große Herausforderungen.“ Zudem müssten auch die in den Landesparlamenten vertretenen Fraktionen beteiligt werden. „Im parlamentarischen System kann die Einbindung der Fraktionen nicht auf Informationen durch die Landesregierungen beschränkt bleiben“, mahnen die Landtagsabgeordneten unisono. „Die Zeit drängt, da die bisherigen

Verfahrensabsprachen nahelegen, dass eine solche Beteiligung nicht gewünscht ist“, wird in dem Antrag moniert.

Bis Jahresende wollen sich Bund und Länder auf erste Eckpunkte für eine Neuordnung ihrer Finanzbeziehungen nach 2019 verständigen. Denn dann laufen der derzeitige Länderfinanzausgleich und der Solidarpakt II aus. Das Gesamtpaket soll bis zum Herbst 2017 stehen. Die Gemengelage ist kompliziert. Der Bund, die alten und neuen Länder sowie die „reichen“ und „armen“ Länder haben jeweils unterschiedliche Interessen. Es geht zum einen darum, wie das Steueraufkommen von über 700 Milliarden Euro im Jahr zwischen Bund, Ländern und Kommunen aufgeteilt wird. Zum anderen gibt es Diskussionen über Zuständigkeiten, etwa im Sozialbereich, über die Schuldenbremse im Grundgesetz und über den Abbau der Altschulden.



„Regierungskrise“? Koalition will Kurs halten

Die Landesregierung geht nach zwei Minister-Rücktritten und einer umfangreichen Kabinettsumbildung „sehr erwartungsfroh“ in die zweite Hälfte der Wahlperiode. Das hat Ministerpräsident Torsten Albig (SPD) im Landtag betont. Die Opposition, ebenfalls neu aufgestellt, spricht dagegen von einer „Regierungskrise“ und wirft Albig Handlungsunfähigkeit vor. In der Oktober-Sitzung sind die Positionen aufeinander geprallt.

Nach einer Aktuellen Stunde mit hitzigen Wortgefechten (siehe Zitate-Kasten) kam der Rücktritt der parteilosen Bildungsministerin Waltraud Wende Mitte September zur Sprache. Auslöser der Debatte waren neue Erkenntnisse der Staatsanwaltschaft, die gegen Wende wegen ihres rechtlich umstrittenen Rückkehrrechts an die Uni Flensburg ermittelt. Demnach hat die Ex-Ministerin bereits im Oktober 2011, ein halbes Jahr früher als bislang bekannt, mit der Nord-Uni über eine Job-Garantie verhandelt.

Der neue CDU-Fraktionschef Daniel Günther warf Albig vor, er habe zum Zeitpunkt des Wende-Rücktritts von den neuen Erkenntnissen gewusst und „den Landtag und die Öffentlichkeit fast zwei Wochen lang über die wahren Hintergründe hinweggetäuscht“. Eka von Kalben (Grüne)



Frisch vereidigt: Bildungsministerin Britta Ernst und Innenminister Stefan Studt (beide SPD).

hielt dagegen: „Mir leuchtet nicht ein, warum der Ministerpräsident Informationen aus einem laufenden staatsanwaltschaftlichen Ermittlungsverfahren der Öffentlichkeit hätte geben müssen.“ Der CDU-Antrag, Albigs Verhalten zu missbilligen, fand keine Mehrheit.

Der Opposition war es zudem ein Dorn im Auge, dass das Wissenschaftsressort ins Sozialministerium wechselt: Hierfür gebe es keinen fachlichen Grund, der Ruf der schleswig-holsteinischen Hochschulen werde beschädigt. Auch die mitregierenden Grünen zeigten sich „nicht besonders glücklich“. Albig begründete den Schritt mit „zwingendem Handlungsbedarf“, um Interessenskonflikte zu vermeiden. Die neue Bildungsministerin Britta Ernst (SPD) ist die Schwägerin des Vorstandsvorsitzenden des Universitätsklinikums Schleswig-Holstein, Jens Scholz.



Neu im Amt: Oppositionsführer Daniel Günther (CDU)

Und: Patrik Breyer (Piraten) forderte nach dem geplanten Wechsel von Ex-Innenminister Andreas Breitner (SPD) in die Wohnungswirtschaft eine dreijährige Karenzzeit für Spitzenpolitiker nach dem Ausscheiden aus dem Amt. Derzeit sieht das Ministergesetz keine Wartezeit vor. SPD-Fraktionschef Ralf Stegner kündigte einen eigenen Gesetzesentwurf nach Hamburger Vorbild an. Dort gibt es eine Karenzzeit von bis zu zwei Jahren.

WORTWÖRTLICH:



„Ihr Problem ist, dass der Ministerpräsident in der Landesliga spielt, das Gehabe einer Diva aus der Bundesliga besitzt, aber leider das erschreckende Niveau eines Kreisligaabsteigers hat.“

(Daniel Günther, CDU)

„Herr Ministerpräsident, je länger Sie zulassen, dass der Kollege Stegner Ihnen auf der Nase herumtanzt, desto mehr disqualifizieren Sie sich beide.“

(Wolfgang Kubicki, FDP)

„Diese Koalition wird weiterhin erfolgreich regieren. Richten Sie sich also in der Opposition gemächlich ein! Wo Sie noch zaudern, wird von uns bereits gehandelt.“

(Ralf Stegner, SPD)

„Wir haben es mit einer handfesten Oppositionskrise zu tun. Die CDU schickt das allerletzte Aufgebot ins Rennen.“

(Lars Harms, SSW)



Aus der Aktuellen Stunde zur „Auswirkung der Regierungskrise auf die Interessenvertretung und das Ansehen Schleswig-Holsteins“ am 8. Oktober

PERSONALIEN

Britta Ernst ist seit Mitte September neue Ministerin für Schule und Berufsbildung. Die SPD-Frau nimmt den Platz von Waltraud Wende (parteilos) ein. Anders als Wende ist Ernst nicht mehr für die Bereiche Hochschule und Wissenschaft zuständig. Diese Abteilungen und der zuständige Staatssekretär **Rolf Fischer** wechseln ins Sozialministerium. Der Bereich Meeresforschung geht am 1. Januar 2015 ins Wirtschaftsministerium.

Stefan Studt, bislang Chef der Staatskanzlei, hat Ende September das Amt des Innenministers übernommen. Er folgt auf seinen zurückgetretenen SPD-Genossen Andreas Breitner. Breitner gab familiäre Gründe für seinen Rückzug an. Zudem sei ihm der Direktorenposten beim Verband Norddeutscher Wohnungsunternehmen (VNW) angeboten worden, teilte Breitner mit. Am 1. Mai 2015 wolle er beim VNW einsteigen

Thomas Losse-Müller ist neuer Chef der Staatskanzlei. Er war zuvor Finanzstaatssekretär. Diesen Posten übernimmt **Philipp Nimmermann**, bislang Chefvolkswort bei der BHF-Bank in Frankfurt.

Rolf Müller-Beck wechselt vom Staatssekretärsposten im Wirtschaftsministerium ins Innenministerium. Dort agiert er als Bevollmächtigter des Landes beim Bund.

Manuela Söller-Winkler, ehemals Abteilungsleiterin im Innenministerium, ist nun Innen-Staatssekretärin. Sie tritt die Nachfolge von Bernd Küpperbusch an, der in den einstweiligen Ruhestand versetzt wurde.

Daniel Günther ist seit dem 5. Oktober Fraktionsvorsitzender der CDU und Oppositionsführer. Er folgt auf Johannes Callsen, der sein Amt einen Tag zuvor niedergelegt hatte. Nach Angaben der Fraktion erhielt Günther in geheimer Wahl 16 von 21 Stimmen. Er war zuvor hochschulpolitischer Sprecher.

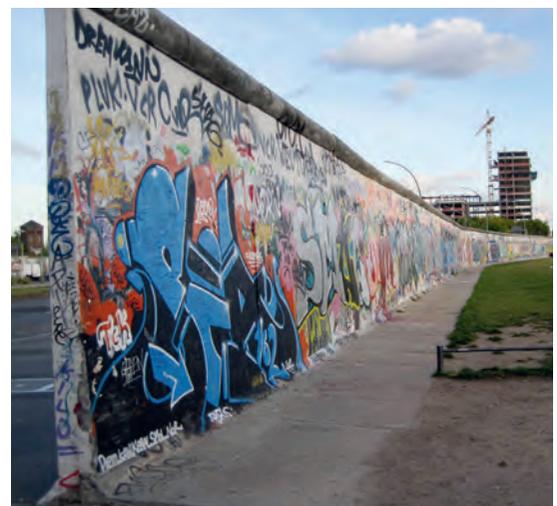
Weitere Personalien auf Seite 21.



25 JAHRE MAUERFALL

„...und deshalb haben wir uns dazu entschlossen, heute eine Regelung zu treffen, die es jedem Bürger der DDR möglich macht, über Grenzübergangspunkte der DDR auszureisen“, erklärte SED-Politbüromitglied Günter Schabowski auf einer Pressekonferenz in Ost-Berlin am 9. November 1989. Die neue Regelung gelte „sofort, unverzüglich“. Die Bürger der DDR nahmen Schabowski und sein Funktionärsdeutsch beim Wort. Am Abend des 9. November strömten Zehntausende feiernd in den Westen der geteilten Stadt. Der „Mauerfall“ war Höhepunkt der friedlichen Revolution gegen das DDR-Regime und zugleich ein Meilenstein auf dem Weg zur deutschen Einheit.

Zum 25. Jubiläum richtet die Landtagszeitschrift den Blick zurück. Wir spüren nach, wie die schleswig-holsteinische Landespolitik auf den Umschwung im Osten und den Zustrom von DDR-Bürgern reagierte. Abgeordnete berichten, wie sie den 9. November 1989 erlebt haben. Und die Landtagspräsidentin von Mecklenburg-Vorpommern, Sylvia Bretschneider, beschreibt die Entstehungsgeschichte ihres Bundeslandes. Heute, ein Vierteljahrhundert später, spielt es kaum noch eine Rolle, wer „Ossi“ oder „Wessi“ ist. Im Landtag gibt es zahlreiche Abgeordnete mit Wurzeln auf beiden Seiten der ehemaligen Grenze. In der Mitte des Heftes stellen wir sie vor.



IM RÜCKBLICK

Was hat die Landespolitik in früheren Zeiten bewegt?

In dieser Serie blicken wir ins Archiv und spüren nach, was den Landtag in vergangenen Zeiten beschäftigt hat. Anlässlich des 25. Jahrestages des Mauerfalls geht unsere Reise in die Jahre 1989 und 1990. Die Umwälzungen in der DDR und der Weg zur Einheit waren auch im Kieler Plenarsaal das bestimmende Thema.

1989/90: Vom Loch im Eisernen Vorhang zum Tag der deutschen Einheit

Wie im ganzen Land, so herrschte auch im Landeshaus Freude darüber, dass die deutsche Teilung überwunden wurde. Die damals allein regierende SPD und die CDU-Opposition

lieferten sich aber auch heftige Wortgefechte. Knackpunkte waren der Strom der Übersiedler aus der DDR, das Tempo des Einigungsprozesses und die Folgen der Einheit für Ostdeutschland.



Diskussion im Plenarsaal: Oppositionsführer Heiko Hoffmann (CDU, li.) und Ministerpräsident Björn Engholm (SPD)



Skeptische Worte zum Einigungsprozess: SPD-Fraktionschef Gert Börnsen (li.) und Karl Otto Meyer (SSW)

September 1989:

Massenflucht

1989 wird die DDR zum Auslaufmodell. Das SED-Regime schränkt die Freiheiten der Bürger massiv ein, die wirtschaftliche Lage verschlechtert sich zusehends, und von Reformen nach dem Vorbild anderer Ostblockstaaten will die Ost-Berliner Führung nichts wissen. Die Folge: Im Spätsommer flüchten tausende DDR-Bürger von Ungarn über Österreich in die Bundesrepublik. Die Regierung in Budapest hat den Stacheldraht an ihrer Westgrenze abbauen lassen. Gleichzeitig besetzen rund 4.000 Männer, Frauen und Kinder aus der DDR das Gelände der bundesdeutschen Botschaft in Prag. Sie erhalten am 30. September von Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher (FDP) die

Nachricht, dass sie in den Westen ausreisen dürfen. Unter dem Motto „Wir sind das Volk“ gehen anfangs Hunderte, später Hunderttausende in Leipzig und anderen Städten der DDR auf die Straße, um auf den Montagsdemonstrationen gegen die Staatsmacht zu protestieren.

Die Auswirkungen der Massenflucht sind auch in Schleswig-Holstein zu spüren. Auch hier treffen täglich Dutzende DDR-Bürger ein. Am Ende des Jahres werden es rund 20.000 sein. Schleswig-Holsteins Städte und Kreise melden Wohnungsnot. Am 19. September richtet die SPD-Landesregierung deswegen eindringliche Appelle an den Bund. Die Aufnahme der Übersiedler sei eine „Kriegsfolgelast“, erklärt Sozialminister Günther Jansen im Landtag. Deswegen sei Bonn verpflichtet, erheblich mehr Geld zur Verfügung zu stellen. Eberhard

Dall'Asta (CDU) warnt vor einem „Schwarzer-Peter-Spiel“ zwischen Bund und Land.

Von einer baldigen Wiedervereinigung ist im Plenarsaal zu diesem Zeitpunkt keine Rede. Die DDR sei kein „verhandelbares Objekt der deutschen und europäischen Politik“, bemerkt Ministerpräsident Björn Engholm (SPD). Aber: Eine „Einheit der Deutschen“ werde „mit dem zunehmenden Fortfall aller Grenzen in Europa auf einem friedfertigen und sanften Wege in einer Zeit, die niemand absehen kann, möglich und real werden“. CDU-Oppositionsführer Heiko Hoffmann mahnt zur Besonnenheit: „Lassen Sie uns wegkommen von Diskussionen über Grenzfragen!“

November 1989:

Mauerfall

In den folgenden Wochen überstürzen sich die Ereignisse: Am 18. Oktober wird DDR-Staats- und Parteichef Erich Honecker im SED-Politbüro aus dem Amt gedrängt. Doch auch der neuen Führung unter Egon Krenz weht der Wind ins Gesicht. Rund eine Million Menschen demonstrieren am 4. November auf dem Alexanderplatz in Ost-Berlin gegen die SED. Am 9. November fällt die Mauer zwischen den beiden Teilen der Stadt.

Während sich die Menschen aus Ost und West an der nun offenen Grenze in die Arme fallen, berät am 13. November in Kiel erneut der Landtag. Die SPD-Parlamentarierin Heide Moser fordert Fingerspitzengefühl von den Wessis. Die „spontanen Gesten

der Zuwendung von Bananen, Schokolade und Geldscheinen“ entsprechen nicht „dem Selbstwertgefühl und dem Stolz der Gäste aus der DDR“.

CDU-Fraktionschef Hoffmann sieht nun durchaus Perspektiven für eine deutsche Vereinigung. Er verweist auf die Präambel des Grundgesetzes, in der das gesamte deutsche Volk aufgefordert werde, „in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden“. Dies sei „für uns verpflichtend, für die Menschen in der DDR ist es ein Angebot“. Sein SPD-Kollege Gert Börnsen will dem nicht folgen. Er warnt vor „Triumphgefühlen“. Es sei „unseriös und gefährlich“, eine Wiedervereinigung „noch in diesem Jahrhundert“ zu erwarten.

Anfang 1990:

Die Einheit rückt näher

Im Bundestag präsentiert Bundeskanzler Helmut Kohl (CDU) am 28. November 1989 sein „Zehn-Punkte-Programm zur Überwindung der Teilung Deutschlands und Europas“. Am 3. Dezember treten Politbüro und Zentralkomitee der SED zurück. DDR-Regierungschef ist nun der Reformkommunist Hans Modrow. Am „Runden Tisch“ setzen Bürgerrechtler freie Wahlen durch. Das Motto auf den Demos lautet inzwischen „Wir sind ein Volk“. Eine breite Mehrheit für eine rasche staatliche Einheit zeichnet sich ab. Inzwischen stehen alle Grenzübergänge entlang der innerdeutschen Grenze offen. Der Strom von DDR-Aussiedlern hält an.

„Es geht so gut wie nichts mehr“, berichtet Sozialminister Jansen am 20. Februar 1990 im Landtag über die Situation in den Aufnahmeeinrichtungen in Schleswig-Holstein. Dabei gebe es nach dem politischen Umbruch in der DDR doch keinen Grund mehr zur Flucht, merkt Jansen an: „Wir dürfen nicht

mehr akzeptieren, dass jemand – ohne für sein Auskommen und seine Unterbringung Vorsorge getroffen zu haben – die DDR verlässt und sich als obdachlos ausgibt.“ Das sieht der Unionsabgeordnete Hans-Klaus Solterbeck anders. Das Land dürfe keine DDR-Bürger abweisen und damit „erneut eine – wenn auch unsichtbare – Mauer errichten“.

Dass die Wiedervereinigung teuer werden könnte, wird im Kieler Parlament ebenfalls deutlich. Es sei „nicht zum Nulltarif zu haben“, wenn das westdeutsche Sozialsystem auf die DDR übertragen werde, mahnt Regierungschef Engholm. Und Oppositionsführer Hoffmann fordert einen „Solidarbeitrag“ für den Osten. SPD-Fraktionschef Börnsen attackiert den Bundeskanzler. Kohl habe „bisher von der gesamtdeutschen Verantwortung immer nur geredet“, sei den „dringenden Forderungen nach massiver Soforthilfe aber kaum nachgekommen“.

Frühjahr 1990:

Deutsch-deutsche Verträge

Bei den Volkskammerwahlen am 18. März triumphiert die von der CDU angeführte „Allianz für Deutschland“. 93,2 Prozent der DDR-Bürger gehen an die Urne. Der neue christdemokratische Ministerpräsident Lothar de Maizière bildet eine große Koalition mit Liberalen und Sozialdemokraten, und er startet Verhandlungen mit Bonn über die Einheitsverträge. Nach der Wahl sinkt die Zahl der Übersiedler rapide.

Die Verträge über die Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion werden im Frühjahr 1990 ausgehandelt und am 18. Mai unterzeichnet. Ein Kernpunkt: Die DDR übernimmt die soziale Marktwirtschaft und die D-Mark. Löhne, Gehälter, Renten und Pensionen werden zum Kurs von 1:1 umgetauscht.

Im Landtag gibt es zwar breite Zustimmung zu den Verträgen. SPD und SSW sehen den Kurs einer raschen Vereinigung aber dennoch skeptisch. Der sozialdemokratische Fraktionsvorsitzende Börnsen nimmt erneut Kanzler Kohl ins Visier. Der wolle der DDR ein Vertragswerk aufzwingen, dessen soziale Konsequenzen derzeit niemand absehen könne, schimpft Börnsen am 29. Mai. Und Karl Otto Meyer vom SSW findet, die über 40



Ort der Debatten 1989/90: der alte Plenarsaal des Landeshauses

Jahre gewachsenen Unterschiede zwischen Ost und West könnten nicht „auf einmal in fünf Monaten oder in einem Jahr überwunden werden“. CDU-Mann Hoffmann weist die Bedenken zurück: „Wer die gegenwärtige Konstellation nicht als einmalige historische Chance begreift, handelt verantwortungslos, verweigert Solidarität und wird dem Verfassungsauftrag nicht gerecht.“

Trotz vieler Einwände habe Schleswig-Holstein dem deutsch-deutschen Vertragswerk zugestimmt, erläutert Regierungschef Engholm am 12. Juni. Ein Grund sei der „übermächtige Wille“ der DDR-Bevölkerung gewesen, so schnell wie möglich die D-Mark einzuführen. Außerdem schreibe der Vertrag die Oder-Neiße-Linie als polnische Westgrenze fest. Das sei lange überfällig gewesen.

3. Oktober 1990:

Tag der deutschen Einheit

Am 1. Juli tritt die Währungsunion in Kraft. Im August beschließen die Unterhändler den endgültigen Einigungsvertrag zwischen den beiden deutschen Staaten. Demnach treten die auf dem Gebiet der DDR gegründeten fünf neuen Bundesländer am 3. Oktober der Bundesrepublik

Deutschland bei. Am 12. September stimmen die Siegermächte des Zweiten Weltkriegs, die Sowjetunion, die USA, Großbritannien und Frankreich, dem Zusammenschluss der beiden deutschen Staaten zu. In der Nacht zum 3. Oktober feiern Millionen Menschen in ganz Deutschland das Ende von über 40 Jahren Teilung.

Der Kieler Landtag würdigt den Tag der deutschen Einheit mit einer Feierstunde im Landeshaus am 4. Oktober. „Wir Deutschen können glücklich, wir müssen dankbar sein“, unterstreicht Landtagspräsidentin Lianne Paulina-Mürl in ihrer Ansprache vor rund 100 Gästen. Sie gibt aber auch zu bedenken: „Es wird Zeit brauchen, bis die Deutschen richtig zueinander finden. 40 Jahre Teilung haben mehr Entfremdung bewirkt, als im Jubel des 9. November zu ahnen und in der Freude des 3. Oktober zu erwarten war.“



DAS BUNDESLAND MECKLENBURG-VORPOMMERN ENTSTEHT

Schreibmaschinen aus Kiel für die Kollegen in Schwerin

Im Laufe des Jahres 1990 entstanden auf dem Gebiet der DDR die fünf neuen Bundesländer. Auf ihrem Weg erhielten Mecklenburg-Vorpommern und sein neuer Landtag Unterstützung aus Schleswig-Holstein. Die Schweriner Landtagspräsidentin **Sylvia Bretschneider** (li.) blickt zurück.

Die Aufbauarbeit für die Schaffung demokratischer Verwaltungsstrukturen in den neu zu gründenden Ländern der ehemaligen DDR setzte bereits unmittelbar nach der Wende, im zeitigen Frühjahr 1990, ein. Dabei stellte die Vorbereitung freier, demokratischer Wahlen und die Herstellung arbeitsfähiger Verwaltungen der neu gewählten Parlamente eine besondere Herausforderung dar. Sehr hilfreich war dabei die Unterstützung von Parlamentsverwaltungen aus den alten Bundesländern. Für das zukünftige Land Mecklenburg-Vorpommern waren dies die Verwaltungen des Schleswig-Holsteinischen Landtages, der Hamburger Bürgerschaft und des Deutschen Bundestages.

Die damalige Kieler Landtagspräsidentin Lianne Paulina-Mürl und der Direktor Jürgen Schöning boten bereits im Mai 1990 dem Regionalausschuss Verwaltungsreform für das zukünftige Land Mecklenburg-Vorpommern ihre Hilfe an. In der Folge besuchten Mitarbeiter des späteren Aufbaustabes im Sommer 1990 den wissenschaftlichen Dienst des Kieler Landtages, um Erfahrungen und Hinweise sowohl für den Aufbau der Verwaltung, die Vorbereitung der konstituierenden Sitzung als auch für erste zu beschließende Gesetze mit nach Schwerin zu nehmen.

Intensiver, konkreter und persönlicher wurde die Zusammenarbeit nach der Bildung des „Aufbaustabes Landtag“ in den späten Augusttagen und dem Einzug dieses zwölfköpfigen Teams

in das Schweriner Schloss, den späteren und jetzt in der Verfassung des Landes festgelegten Landtagssitz. Bereits vor der Landtagswahl am 14. Oktober 1990 und dann bis zur Konstituierenden Sitzung am 26. und 27. Oktober reisten sowohl der Direktor als auch Mitarbeiter der Allgemeinen Abteilung (Ilse Hase-Schur, Gerhard Leskien, Klaus Volquartz) und des wissenschaftlichen Dienstes (Dr. Horst Wuttke, Dr. Joachim Waack, Peter Hübner) wochen- und tagesweise nach Schwerin, um dem Aufbaustab bei seiner Mammutaufgabe „Konstituierung des Landtages Mecklenburg-Vorpommern“ zu unterstützen. Dabei ging es um grundsätzliche Fragestellungen wie: Welche Gesetze müssen in der Konstituierenden Sitzung beschlossen werden, um das Land zu bilden und die Regierung zu berufen? Braucht das Land eine vorläufige Verfassung und welche Festlegungen muss sie enthalten? Wie kann sie verkündet werden, wenn es noch keine Amtsblätter gibt? Wer lädt zur Konstituierenden Sitzung ein, wenn es keinen scheidenden Präsidenten gibt? Wie muss die Entscheidung zur Landeshauptstadt (Rostock oder Schwerin) vorbereitet werden? Diese und viele andere Fragen mussten beraten und in kürzester Zeit entschieden werden.

Dabei standen auch die Kollegen aus Bonn, Hamburg und Kiel oftmals vor vollständig neuen Fragestellungen. Die in ihren Ländern langjährig bewährten Gesetze konnten nicht einfach auf Mecklenburg-Vorpommern

umgeschrieben werden. Darüber hinaus ging es um eine begleitende Unterstützung, vom Aufbau der Pressearbeit bis hin zum Verfassen von Sprechzetteln für die sitzungsführenden Präsidenten. Besonders wertvoll war in dieser Etappe auch die schreibtechnische Unterstützung. Die Sekretärinnen Romy Leonardy und Helga Stöterau waren zeitweilig von ihrer Tätigkeit im Kieler Landtag freigestellt und brachten ihre für die damalige Zeit hochmodernen elektronischen Schreibmaschinen mit ins Schweriner Schloss.

Parallel zu den inhaltlichen Vorbereitungen auf die konstituierende Sitzung mussten im Schloss auch die räumlichen Minimalvoraussetzungen für den Arbeitsbeginn des neu gewählten Parlamentes geschaffen werden. So fanden im ehemaligen Sitzungssaal des Bezirkstages Umbauarbeiten zum Plenarsaal statt. Die bis dahin frei gezo-

gen Räume, Treppen und Flure wurden einer Schnellrenovierung unterzogen. Daraus ergaben sich für den Aufbaustab und die Gehilfen aus den anderen Parlamentsverwaltungen zum Teil abenteuerliche Wege durch das Schloss. Ausgerechnet die Kieler Crew entdeckte dabei auf einem Spitzboden zwei Särge. In der Eile der damaligen Zeit konnte nicht geklärt werden, welchen Zweck diese Särge „am Hofe“ mal erfüllt haben. Heute stehen sie auf dem Boden des Bischofshauses. Inzwischen als Transportsärgen für am fürstlichen

Hof Verstorbene erkannt, finden sie großes Interesse bei allen Besuchergruppen, insbesondere bei den Kindern.

Die Konstituierung des Landtages Mecklenburg-Vorpommern hätte ohne die intensive und fachkompetente Unterstützung der Leitungen und Mitarbeiter des Bundestages, der Hamburger Bürgerschaft, aber insbesondere des Schleswig-Holsteinischen Landtages nicht nach Recht und Gesetz gestaltet werden können. Das brachte auch der erste Präsident des Landtages, Rainer Prachtl, zum Abschluss der Konstituierenden Sitzung zum Ausdruck. Bereits am 30. Oktober, wenige Tage nach der Konstituierung, reiste der neu gewählte Präsident nach Kiel zum Erfahrungsaustausch mit seiner Amtskollegin. Dabei wurde vereinbart, dass die Kieler Kollegen

Viele freundschaftliche Kontakte bis heute

auch die ersten Sitzungen des Schweriner Landtages und den Aufbau der Verwaltung fachlich begleiten, bis eine eigene arbeitsfähige Parlamentsverwaltung geschaffen war.

Der „Aufbaustab Landtag“ und die Kieler Kollegen aus der Anfangszeit des Landtages haben über die Jahre ihre freundschaftlichen Kontakte gepflegt und treffen sich noch heute regelmäßig.

Sylvia Bretschneider,
Präsidentin des Landtages
Mecklenburg-Vorpommern

Historische Ereignisse prägen sich nicht nur im kollektiven Gedächtnis ein, sondern auch in persönlichen Erinnerungen. Noch Jahrzehnte später wissen viele Menschen, wo sie waren und was sie gerade taten, als die Mauer fiel. Wir haben im Landtag nachgefragt:

Wo waren Sie am 9. November 1989?

Eka von Kalben,
Jahrgang 1964,
Grüne



„Die Nachricht über den Mauerfall, der ja erst einmal nur eine Ausreisegenehmigung war, erhielt ich auf dem Weg zu einem Elternabend. Ich hielt an einer Telefonzelle und rief meine Freundin an, die aus Halle ausgereist war. Diese Nachricht wollte ich mit einer Person teilen, die sich mit mir freuen würde. Tatsächlich war die Reaktion verhalten: Sie hatte ein Einreiseverbot, welches weitergelten würde. Am nächsten Morgen besuchte ich meine Freundin in Berlin. Ein lang geplanter Besuch. Vor Berlin stand ich zwischen hupenden, feiernden Trabis. An der Mauer war die ganze Nacht Feststimmung. Die Menschen erklimmen die Mauer vor dem Brandenburger Tor. Bis dahin wusste ich nicht, welcher Muskelkater durch stundenlanges „Rüberleiterhalten“ entstehen kann. Erst Weihnachten wurde die Grenze auch in die DDR hinein geöffnet. An dem Abend fuhr ich mit meinem Vater über die Grenze in seine ehemalige Heimat, die nur 50 Kilometer jenseits der Grenze lag. Die Ereignisse des Mauerfalls haben mich auch auf Grund meiner persönlichen Bezüge unglaublich bewegt.“

Auch wenn mir gleichzeitig durchaus bewusst war, dass für manchen unserer Nachbarn der Weg zur Wiedervereinigung auch Befürchtungen ausgelöst haben muss.“

Wolfgang Kubicki,
Jahrgang 1952,
FDP



„Am 9. November 1989 war ich mit meiner heutigen Ehefrau in Lüneburg, wo ich mich gerade aus beruflichen Gründen aufgehalten habe. In unserem Hotel sahen wir dann im Fernsehen, wie der ZDF-Korrespondent die Öffnung des Grenzübergangs verkündete. Mir standen die Tränen in den Augen. „Warum weinst du?“, fragte meine heutige Frau. Ich war mir zunächst nicht ganz sicher. „Das muss wohl doch etwas Anderes sein, als würden die Grenze zwischen Nord- und Südkorea fallen“, sagte ich. Es war klar, jetzt ist der Zaun weg. Mich ergriff ein Gefühl der Freiheit, obwohl ich eigentlich nicht selbst betroffen war. Für mich war die DDR weit weg, nicht mehr Deutschland, eine eigene Nation. Nachdem ich mich wieder etwas gesammelt hatte, wollte ich dorthin. Sechs Tage später war ich dann in Rostock und traf den neugewählten Bezirksvorstand der Liberaldemokratischen Partei.“

Johannes Callsen,
Jahrgang 1966,
CDU



„Schon die Tage und Wochen vor dem Tag des Mauerfalls habe ich die Entwicklungen in der DDR in den Nachrichten gespannt mitverfolgt. Am Abend, als die Mauer fiel, habe ich im Fernsehen miterlebt, wie Tausende Menschen in der DDR zu den Grenzübergängen strömten und das einforderten, was Günter Schabowski zuvor auf der Pressekonferenz angekündigt hatte: die Grenzen aufzumachen. In meiner Familie und unter meinen Arbeitskollegen waren die Entwicklungen in der DDR das vorherrschende Thema. Fast jedes Gespräch drehte sich damals um die Nachrichten aus Berlin, Leipzig oder Dresden. Wir alle, glaube ich, haben damals mit staunender Bewunderung verfolgen können, wie viel die Menschen in der DDR für ihre eigene Freiheit riskiert haben. Dass es die Bürgerinnen und Bürger der DDR selbst waren, die die Mauer zum Einsturz gebracht haben, bewegt mich noch immer. Im Nachhinein wissen wir: Das, was wir damals erlebt haben, war die erste erfolgreiche und friedliche Revolution in der deutschen Geschichte.“

Ralf Stegner,
Jahrgang 1959,
SPD



„Anfang November 1989 war ich gerade aus Amerika kommend nach Schleswig-Holstein gezogen. Am 9. November war ich in unserer neuen Wohnung in Rellingen mit meinem Schwiegervater dabei, Lampen aufzuhängen. Da man dort sogar das DDR-Fernsehen empfangen konnte, schaltete ich dieses aus Neugier ein. Das war just der Zeitpunkt, als die legendäre Pressekonferenz von Günter Schabowski übertragen wurde, in der er die Maueröffnung ankündigte. Anders als die meisten Westdeutschen habe ich das also nicht um 19 Uhr in der Heute-Sendung des ZDF, sondern bereits vorher live im DDR-Fernsehen gesehen. Ich war sehr verblüfft über das, was dort gesagt wurde. Dieser Tag war der Beginn eines dramatischen Wandels, von dem man nicht glaubte, dass er sich zu eigenen Lebzeiten ereignen würde. Für mich ist diese Erinnerung sehr lebendig, auch wenn sich viele jüngere Menschen heute ein geteiltes Deutschland mit Mauern und Stacheldraht gar nicht mehr vorstellen können. Früher war in Lübeck-Schlutup die Welt zu Ende und man hatte beklemmende Gefühle,

wenn man über die Transitstrecke nach Berlin fuhr oder Verwandte in Thüringen besuchte.

Der 9. November 1989 gehört zu den Ereignissen, bei denen man sich sofort bewusst ist, dass sie die Welt für immer verändern.“

Klaus Schlie,
Jahrgang 1954,
Landtagspräsident



„Ich saß gerade in einer Podiumsdiskussion im Wahlkreis, die leider alles andere als spannend war. Das änderte sich dann aber schlagartig. Wie ein Lauffeuer machte die Nachricht über den Mauerfall die Runde, und wir diskutierten plötzlich über ein Thema, das die Welt nachhaltig verändern sollte.

Direkt im Anschluss fuhr ich nach Hause und klammerte mich an meinen Fernseher. Dort verharrte ich dann die ganze Nacht. Anderes war mir in diesem Moment nicht wichtig. Auch in den folgenden Tagen und Wochen wurde keine Tagesschau ausgelassen. Es gab ja noch kein Internet, das uns wie heute minütlich mit neuesten Informationen versorgt. Die Bilder von den freudestrahlenden Gesichtern sehe ich heute noch wie damals. Es war unbeschreiblich, und ich habe mich dabei ertappt wie ich zunächst an einen Trick der DDR-Führung glaubte. Doch es war anders.“



Drei Tage nach dem Mauerfall, am 12. November 1989, fielen auch bei Mustin (Kreis Herzogtum Lauenburg) die Schranken. Tausende DDR-Bürger strömten über den provisorischen Grenzübergang nach Westen.

Die Mauer zwischen Schleswig-Holstein und der DDR

Auf 136,6 Kilometer verlief die innerdeutsche Grenze vom Priwall bei Travemünde bis nach Lauenburg an der Elbe. Auf DDR-Seite grenzte Schleswig-Holstein an die Bezirke Rostock und Schwerin.

Unmittelbar vor dem Mauerfall gab es fünf Grenzübergänge zwischen Schleswig-Holstein und der DDR. Über **Lübeck-Schlutup** konnten Bewohner grenznaher Gemeinden im Rahmen des sogenannten „Kleinen Grenzverkehrs“ ein- und ausreisen. Schlutup war zudem Übergang für den Transitverkehr nach Skandinavien über Rostock und Rügen. Auch der Übergang von **Lauenburg nach Horst** diente dem „Kleinen Grenzverkehr“. Er war zudem der einzige Übergang in Schleswig-Holstein, der auch von Radfahrern genutzt werden konnte. Nach Bau der A24 von Hamburg nach Berlin im Jahr 1982 verlief der Transitverkehr über **Gudow und Zarrentin**. Bahnreisende fuhren über **Büchen** und über **Lübeck** nach Osten.

Rund **6.500** Menschen versuchten zwischen 1961 und 1989, über die Ostsee in den Westen zu fliehen. Nur **916** von ihnen waren erfolgreich. **174** Todesopfer sind bekannt, wahrscheinlich liegt die Zahl höher. **54** Ostsee-Flüchtlinge gelten noch heute als vermisst. 1.000 Grenzer sicherten die Küste von Land aus, es gab 75 Beobachtungsstellen. Auf See waren 34 Boote mit 800 Mann im Einsatz.

Auch Schlutup, Ratzeburg sowie der Schaalsee und der Dassower See an der Trave waren Schauplätze von Fluchtversuchen. Genaue Zahlen liegen aber laut der Grenzdokumentationsstätte Schlutup nicht vor. Dieses Kapitel ist auch 25 Jahre nach dem Mauerfall noch nicht aufgearbeitet.

Mehr Informationen zur Grenze in Schleswig-Holstein bietet die Dokumentationsstätte Lübeck-Schlutup, Mecklenburger Straße 12.

Gedenkveranstaltung am 9. November in Ratzeburg

Am 9. November würdigt der Landtag in Ratzeburg, direkt an der ehemaligen Grenze, die Ereignisse des Wendeherbstes 1989 mit einer Festveranstaltung.

Vertreter der evangelischen und der katholische Kirche starten um 16:30 Uhr von der Jugendherberge (Reeperbahn 6–14) zu einem gemeinsamen „Lichtergang“ zum Dom. Dort beginnt um 17 Uhr eine ökumenische Andacht, geleitet von der Bischöfin der Nordkirche, Kirsten Fehrs, und dem Diözesanadministratoren des Erzbistums Hamburg, Ansgar Thim.

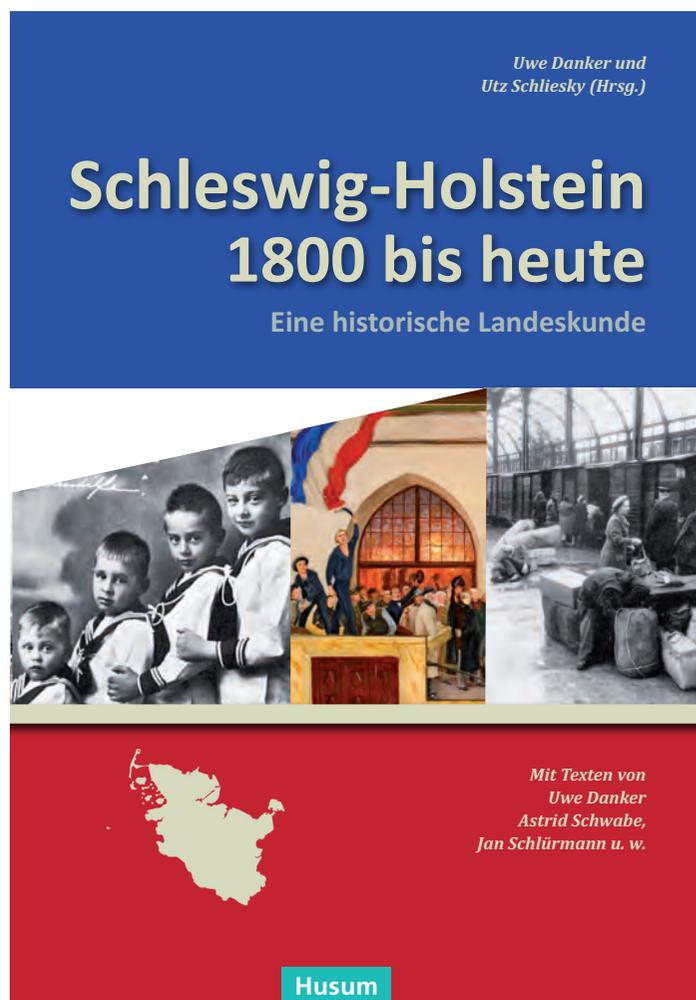
Am frühen Nachmittag wirft Dr. Hubertus Knabe, Direktor der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen, in einem Festvortrag die Frage auf: „Alles Geschichte? Der Mauerfall vor 25 Jahren“. Da der Platz in der Jugendherberge begrenzt ist, ist der Eintritt für diesen Vortrag auf geladene Gäste beschränkt. Der Landtag bittet hierfür um Verständnis.

Die feierliche Gedenkstunde wird organisiert vom Landtag unter Mitwirkung des Kreises Herzogtum Lauenburg, der Nordkirche, des Erzbistums Hamburg und der Bundespolizei, Abteilung Ratzeburg.



Über 200 Jahre Landesgeschichte auf 400 Seiten

Am 11. November erscheint „Schleswig-Holstein 1800 bis heute. Eine historische Landeskunde“. Das Werk stellt die jüngere Geschichte Schleswig-Holsteins unter demokratiegeschichtlichen Gesichtspunkten dar.



Das von Prof. Uwe Danker (Institut für Zeit- und Regionalgeschichte der Universität Flensburg) und Landtagsdirektor Prof. Utz Schliesky herausgegebene Werk ist in einem von der Landeszentrale für politische Bildung initiierten Projekt entstanden.

In 34 jeweils in sich abgeschlossenen und isoliert lesbaren Artikeln stellt ein Autorenteam die Entwicklung der Demokratie in Schleswig-Holstein von 1800 bis heute dar. Dabei werden zentrale Begriffe wie Freiheit, Herrschaft, Öffentlichkeit, Parlamentarismus, Verfassung, Rechtsstaatlichkeit, Gewaltenteilung, Parteien oder auch der Schutz individueller Rechte in den Blick genommen, ohne dabei gegenläufige, demokratiefeindliche Phänomene und Entwicklungen auszusparen.

Diese demokratischen Fundamente werden nicht abstrakt, sondern mithilfe von konkreten schleswig-holsteinischen Beispielen und Entwicklungen erläutert. So wird etwa am Beispiel von Theodor Storm der Widerspruch zwischen „Heimat“ und „Weltoffenheit“ aufgelöst. Die Schleswig-Holsteinische Erhebung und der deutsch-dänische Konflikt, der Abstimmungskampf um die Zugehörigkeit zu Deutschland

oder zu Dänemark 1920, die Landvolkbewegung, das Scheitern der Demokratie in der Weimarer Republik, der Widerstand Julius Lebers oder der demokratische Neubeginn ab 1945 finden sich genauso wie die Integration der Flüchtlinge nach dem Zweiten Weltkrieg, der Metallere-Streik 1956/57, die Minderheitenpolitik, die Barschel-Affäre oder die Landesverfassung von 1990.

Entstanden ist auf diese Weise ein Lesebuch und zugleich Nachschlagewerk, das „staatsbürgerliche Erziehung“ im besten Sinne gewährleisten soll. Dank einer großzügigen Spende des Sparkassen- und Giroverbandes wird es zudem möglich sein, alle Schulbibliotheken des Landes mit der „historischen Landeskunde“ auszustatten.

Das Werk mit zahlreichen farbigen Abbildungen hat 400 Seiten und erscheint im DIN-D4-Format (circa 19 mal 27 Zentimeter). Es kann nach seinem Erscheinen am 11. November zum Preis von 19,95 Euro in broschierter Form und 24,95 Euro in gebundener Form bei der Landeszentrale bezogen werden.

→ E-Mail: lpb@landtag.ltsh.de

→ Tel.: 0431/988-1644

„Landeskunde“ wird im Landeshaus vorgestellt

Am Dienstag, den 11. November, wollen die Herausgeber Prof. Uwe Danker und Prof. Utz Schliesky die „Historische Landeskunde“ im Plenarsaal des Landtags der Öffentlichkeit vorstellen. Einlass für die Veranstaltung ist um 17:30 Uhr. Interessierte werden gebeten, sich bei der Landeszentrale für politische Bildung anzumelden:

→ E-Mail: lpb@landtag.ltsh.de

→ Tel.: 0431/988-1644



Altenparlament 2014: Auch Senioren fordern Inklusion

Der Begriff Inklusion wird zurzeit nicht nur an Schleswig-Holsteins Schulen heftig diskutiert. Auch Senioren fordern die gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Das wurde beim diesjährigen Altenparlament deutlich. 84 Delegierte aus Seniorenbeiräten, Gewerkschaften, Sozialverbänden und Parteien formulierten Ende September im Landeshaus ihre Wünsche an die Politik.

Rund drei Dutzend Punkte umfasst der Forderungskatalog, den das Altenparlament nach intensiver Diskussion in drei Fachausschüssen sowie einer abschließenden Plenardebatte aufgestellt hat. Dabei standen nicht nur die Belange der 60-Plus-Generation im Blickpunkt. Vehement forderten die Senioren Landtag und Landesregierung

auf, „ausreichend finanzielle Mittel für die personelle Umsetzung von Inklusion in Schulen bereitzustellen“. Bei der Entwicklung von Verkehrsplänen soll „in verstärktem Maße auf eine barrierefreie Planung und Ausführung“ geachtet werden. Und: Es soll ein „Fördermodell zur inklusiven Gestaltung von Neubaugebieten“ geben.

Die Situation im Öffentlichen Personen-Nahverkehr ist seit Jahren ein heißes Eisen im Altenparlament. Auch in diesem Jahr sprachen sich die Delegierten gegen steile Absätze an Bushaltestellen und an Bahnhöfen sowie für ein preisgünstiges „Seniorenticket“ aus. Zudem werden konkrete Verbesserungen für pflegende Angehörige, in der Pflegeausbildung und bei der wohnortnahen Versorgung mit Klinikbetten

angemahnt. Weiterhin ergingen grundsätzliche Forderungen nach mehr bezahlbarem Wohnraum, „menschenswürdigen Arbeitsbedingungen“ oder gut lesbaren Beschriftungen auf Lebensmittelverpackungen.

In seiner Begrüßungsrede bescheinigte Landtagspräsident Klaus Schlie den Delegierten Sachlichkeit und Kompetenz. „Ich versichere Ihnen, wir Politiker schätzen Ihre Anregungen und werden sie auch in Zukunft in unsere Entscheidungen einfließen lassen.“ Das Schwerpunktthema „Inklusion“ sei zudem „brandaktuell“, sagte Schlie.

Wie sehr dieses Thema in den Mittelpunkt der politischen Diskussion gerückt ist, unterstrich auch Prof. Peter Zängl, Sozialwissenschaftler von der Fachhochschule Nordwestschweiz in Basel. Der Spezialist für Sozialmanagement und Seniorenwirtschaft gab dem Altenparlament in seinem Fachreferat Impulse für die Arbeit. Zängl warnte davor,

Inklusion als reine Formalie zu begreifen. Nur weil ein behindertes Kind eine Regelschule besuche, sei es noch nicht automatisch „inkludiert“. Und: Es brauche viel Zeit, Geld und Hartnäckigkeit, um „inklusionsfeindliche“ Elemente im Alltag zu beseitigen – vom hohen Bordstein bis hin zum komplizierten Fahrkartenautomaten. Die Gesellschaft müsse Inklusion wollen und ihr „Verhältnis und Verhalten ändern“, forderte Zängl.

Das Altenparlament kommt seit 1989 einmal jährlich zusammen, um der Landes- und der Bundespolitik Empfehlungen für ihre Entscheidungen zu geben. Präsidentin des diesjährigen Treffens war Helga Raasch aus Kiel vom Deutschen Roten Kreuz. Sie war beeindruckt von der Intensität und dem Engagement jedes Einzelnen in den Arbeitsgruppen. Dadurch seien „sinnvolle Ergebnisse zustande gekommen, die es wert sind, von der Landesregierung weiterverfolgt zu werden.“



OSSIS UND WESSIS IM KIELER LANDTAG

Im Landtag gibt es eine Reihe von Abgeordneten mit Wurzeln auf beiden Seiten der ehemaligen innerdeutschen Grenze.

Wir haben nachgehakt: Wie viel Ossi oder Wessi steckt in den Abgeordneten? Und wer kennt sich noch mit der Alltagssprache der DDR aus?



Wie viel Ossi oder Wessi steckt in Ihnen?



Für Peter Eichstädt ist die Antwort ganz klar – aber mit viel Sympathie für Ossis!

Peter Eichstädt (SPD), geb. 1950 in Bad Doberan

Herr Eichstädt, was haben Sie von der DDR mitbekommen?

Meine Familie ist aus Mecklenburg-Vorpommern und ist zunächst nach Hamburg gegangen. Die Trennung war für uns ständig präsent, weil ein Teil der Familie in der DDR geblieben ist. Meine Eltern mussten ständig Anträge stellen, um Besuche machen zu können. Als am 13. August 1961 die Mauer gebaut wurde, haben wir meine Oma besucht – meine Mutter war in großer Sorge, ob wir überhaupt wieder rauskommen. Durch den Kontakt zu den Verwandten habe ich natürlich auch mitbekommen, dass die Menschen in der DDR anders aufgewachsen sind. Meine Nichte musste zum Beispiel hart um einen Studienplatz kämpfen, es gab ja immer bestimmte Voraussetzungen, die gegenüber der Partei erfüllt werden mussten.

Kennen Sie den Begriff „Knast haben“?

Knast haben? Nein, das habe ich noch nie gehört. (Auflösung: Hunger haben)

Wie viel Ossi oder Wessi steckt in Ihnen?



Ossi UND Wessi – zwei Herzen schlagen in Lars Winters Brust. Wohl auch, weil sein Sohn im Osten geboren wurde und damit ein echter Ossi ist.

Lars Winter (SPD), geb. 1963 in Hildesheim, 1993–1996 Kämmerer im Amt Schenkenländchen
Sie waren nach der Wende Kämmerer in Brandenburg – welche Erfahrungen haben Sie dort gemacht?

Ich bin 1993 nach Brandenburg gegangen und habe die Verwaltung dort mit aufgebaut. Ich habe hier extra gekündigt, bin also nicht abgeordnet worden, das war mir ganz wichtig. Ich habe auch Ost-Gehalt bekommen und innerhalb des Amtsbereiches gewohnt. Dort habe ich alle positiven wie negativen Sachen mitbekommen, zum Beispiel die Vorurteile der Ossis gegen Wessis und andersrum – die aber alle nicht stimmten. Für mich und meine Persönlichkeitsgestaltung waren das drei wichtige Jahre. Ich habe in meinem Leben noch nie so viel über Menschen und Zusammengehörigkeit gelernt wie in dieser Zeit.

Kennen Sie den Begriff „Bemmen“?

Ich meine, das waren Brötchen oder Butterbrot.

Wie viel Ossi oder Wessi steckt in Ihnen?



Nach 60 Jahren im Westen eigentlich eine klare Angelegenheit für Volker Dornquast. Ein bisschen Ossi im Hintergrund ist aber doch geblieben.

Volker Dornquast (CDU), geb. 1951 in Greifswald

Sie wurden in Greifswald (Mecklenburg-Vorpommern) geboren – hat der Osten Sie geprägt?

Ich bin zwar in Greifswald geboren, aber ich lebe jetzt schon 60 Jahre hier. Ich bin auch erst 1990 das erste Mal wieder drüben gewesen und habe dann meine Geburtsstadt kennengelernt. Die ist inzwischen eine sehr hübsche Stadt geworden. Aber ich kann nicht sagen, dass mich da irgendwas geprägt hat.

Kennen Sie den Begriff „Schokoladenhohlkörper“?

Ich glaube, das ist der Schoko-Weihnachtsmann.

Simone Lange (SPD), geb. 1976 in Rudolstadt

Wie viel Ossi oder Wessi steckt in Ihnen?

Sie wurden in der DDR geboren – wie lange haben Sie dort gelebt?

Ich bin 1976 in Rudolstadt in Thüringen geboren und bin dort aufgewachsen. Bis zum Mauerfall habe ich da auch gelebt. 1995 habe ich dann in Rudolstadt Abitur gemacht. Den Wandel in der Schulausbildung habe ich also noch erlebt. Nach dem Abitur bin ich dann nach Schleswig-Holstein gezogen und habe hier die Polizeiausbildung gemacht.

Kennen Sie den Begriff „Motschekiebchen“?

*Das sagt mir nichts. Aber die Sprache hat sich ja regional auch unterschieden.
(Auflösung: Maikäfer)*

Für Simone Lange ist die Antwort eindeutig – sie hat genauso lange im Osten wie im Westen gelebt. Wichtig ist aber natürlich die Reihenfolge.



Wie viel Ossi oder Wessi steckt in Ihnen?



Der Wessi in Wolfgang Dudda überwiegt ganz klar. Aber ein bisschen Ossi steckt auch in ihm.

Wolfgang Dudda (Piraten), geb. 1957 in Bad Segeberg

Sie haben als Zöllner an der Grenze in Büchen und Lübeck gearbeitet – wie war die Arbeit dort?

Ach, das war frustig. Ich bin mit meinem Fahrrad und meinem Hund von Süd nach Nord an einem Metallgitterzaun entlang gelaufen und musste beobachten, wie viele Autos da fahren. Ich musste das für die angebliche große NATO-Lage melden. Die ist völlig vernachlässigt worden, und ich wusste das auch. Das war das Sinnloseste, was ich je in meinem Leben getan habe.

Die beste Geschichte, die ich da erlebt habe, war aber, als die Selbstschussanlagen weggesprengt wurden, im Zuge des Kredites von Franz-Josef Strauß. Ich hatte in meiner Tasche zufällig ein paar Dosen Bier und habe sie den Soldaten von drüben dann über den Fluss hinüber geworfen. Zusammen haben wir, gegen alle Vorschriften, ein Bier getrunken. Das war eine großartige Aktion, die wir schön für uns behalten haben.

Kennen Sie den Begriff „Kaderakte“?

Das war die Personalakte von Genossen und Leuten, die Karriere gemacht haben und die fest im System verankert waren.

Wie viel Ossi oder Wessi steckt in Ihnen?

Anita Klahn (FDP), geb. 1960 in Lübeck

Sie sind direkt an der Grenze aufgewachsen – wie haben Sie das erlebt?

Ich bin 1960 in Lübeck geboren worden, 1966 sind wir dann ins Lauenburgische gezogen, das war auch wieder Grenzgebiet. Ich hatte die Grenze also mein ganzes Leben in unmittelbarer Nachbarschaft, sie gehörte dazu. Sie war etwas Normales, aber gleichzeitig auch etwas Fremdes. Im Rahmen des kleinen Grenzverkehrs sind wir oft von Lübeck nach Schwerin gefahren. Ich habe mich oft gefragt, wie es wäre, wenn ich in Schwerin wohnen dürfte, in dem Bewusstsein, dass das nie möglich sein würde. Ich war allerdings froh, auf dieser Seite der Grenze zu leben. Mein zukünftiger Mann und ich waren mal auf dem Weihnachtsmarkt in Rostock. Ich hatte Hunger und wollte eine gebackene Banane essen. Dann sah ich die riesige Schlange von Menschen, die darauf warteten, Bananen zu bekommen. Da habe ich, die jeden Tag im Supermarkt Bananen kaufen konnte, davon Abstand genommen. Das hat mir gezeigt, wie gut wir es hier hatten.

Kennen Sie den Begriff „Datsche“?

Das ist ein Ferienhaus oder ein Gartenhäuschen.

Trotz der Grenznähe ist Anita Klahn ein waschechter Wessi.





Wohnungsnot auf Sylt und in den Großstädten:

Dauermieter kontra Durchgangsreisende



Die Realität in manchen Gegenden: Der Mietvertrag wird nicht unterschrieben, stattdessen bieten Hausbesitzer Ferienwohnungen an.

Wer auf Sylt, in der Kieler Innenstadt oder am Hamburger Rand eine Mietwohnung sucht, schaut oft in die Röhre. Ein Grund: Vermieter verwandeln Dauerwohnraum in Ferienunterkünfte oder in Zweitwohnungen. Mit einem „Zweckentfremdungsverbot“ will die Politik nun gegensteuern. Die Piraten legten im September einen entsprechenden Gesetzentwurf vor, die Landesregierung arbeitet unterdessen an einem eigenen Regelwerk.

Der Plan der Piraten: Wer seine Wohnung länger als vier Monate am Stück leer stehen lässt, soll gezwungen werden können, sie zu vermieten. Mit einem „Wohnraumsicherungsgesetz“ will die Oppositionsfraktion Schleswig-Holsteins Gemeinden eine rechtliche Handhabe geben, damit knapper Wohnraum nicht als Ferienunterkunft genutzt wird. Ähnliche Gesetze gibt es bereits in anderen Bundesländern. Bestimmungen zur Wohnraumsicherung hätten sich in Hamburg, Berlin, NRW oder Bayern bereits bewährt, warb Patrick Breyer (Piraten) für seinen Vorstoß. Die Menschen sollten an dem Ort, an dem sie arbeiten, auch leben können, forderte er. Gerade auf Sylt sei es derzeit aber viel attraktiver, Wohnraum an Feriengäste zu vermieten.

Im Regierungslager gab es zwar Verständnis für das Anliegen der Piraten. Der Vorschlag sei aber nicht ausgereift, lautete das Urteil bei SPD, Grünen und SSW. Serpil Midyatli (SPD) hielt den Piraten vor, zu kurz zu greifen. Sie forderte gesetzliche Mindeststandards für Wohnungen, etwa helle, trockene und beheizbare Zimmer mit funktionsfähigen sanitären Anlagen. Detlef Matthiessen (Grüne) räumte ein, dass die Piraten „ein wichtiges politisches Handlungsfeld“ aufzeigten. Allerdings seien die Vorschläge „bürokratisch und keineswegs ausreichend“. Es gebe im Lande bereits Regelungen zur Wohnraumversorgung und zum bezahlbaren Wohnraum, unterstrich Lars Harms (SSW) - etwa die Verordnung zur Kappungsgrenze für Mieten. Demnach dürfen in 13 Städten und Gemeinden Schleswig-Holsteins die Mieten in bestehenden Verträgen innerhalb von drei Jahren nur noch um 15 statt wie bisher um 20 Prozent bis zur ortsüblichen Vergleichsmiete steigen.

Der damalige Innenminister Andreas Breitner (SPD) kündigte einen eigenen Gesetzentwurf an, um den Kommunen „das Instrument des Zweckentfremdungsverbots an die Hand zu geben“. Den Vorstoß der Piraten nannte er

„nicht passend für unser Land“. So sei es verfassungsrechtlich bedenklich, wenn Ferienwohnungen per Dekret in Dauerwohnraum zurückverwandelt werden sollen. Darunter würde zudem die Tourismus-Branche leiden, mahnte Breitner.

Die Redner von CDU und FDP sahen hingegen keinen Handlungsbedarf. „Der Wohnungsmarkt ist sehr weitgehend reguliert. Jede neue Beschränkung senkt die Bereitschaft, in den nötigen Wohnungsneubau zu investieren“, betonte Peter Lehnert (CDU). Er verwies auf ein von der Landesregierung in Auftrag gegebenes Mietgutachten, wonach in Schleswig-Holstein derzeit nur sechs Gemeinden ein „Wohnraumversorgungsdefizit“ aufwiesen. Und FDP-Fraktionschef Wolfgang Kubicki sah in dem Piraten-Vorstoß sogar einen „massiven Eingriff in die Eigentumsrechte“. Stattdessen müssten „Motivationsanreize“ für Investoren gesetzt werden, um neuen Wohnraum zu schaffen.

Der Innen- und Rechtsausschuss befasst sich weiter mit dem Thema.

(Drucksache 18/2108)



Serpil Midyatli (SPD) prangerte Vermieter an, die die Wohnungsnot „ausnutzen, um ihren Gewinn zu maximieren“. Aber: Wohnungssuchende müssten flexibel sein: „Kiel hat viel mehr Straßen als nur die Holtenauer Straße.“



Landesverfassung: Landtag lehnt Gottesbezug ab

Mehr Transparenz, Minderheitenschutz und Bürgerrechte – aber kein Gottesbezug. Der Landtag hat im Oktober eine stark reformierte Landesverfassung beschlossen.

In der dreistündigen Debatte ging es vor allem um die Frage, ob die „Verantwortung vor Gott und den Menschen“ in die Präambel, das Vorwort der Verfassung, aufgenommen werden soll. Diese von der CDU vorgelegte Formulierung fand auch in anderen Parteien Anhänger. Landtagspräsident Klaus Schlie nannte das Bekenntnis zu Gott „identitätsstiftend“ für viele Menschen im Land. Es dürfe in der Verfassung nicht „ignoriert“ oder

„verschwiegen“ werden. Patrick Breyer (Piraten) pochte dagegen auf die Neutralität des Staates: „Religion ist Privatsache.“

Die Abgeordneten Daniel Günther (CDU), Bernd Heinemann (SPD), Andreas Tietze (Grüne), Wolfgang Dudda (Piraten) und Jette Waldinger-Thiering (SSW) hatten einen eigenen Antrag vorgelegt, um den verschiedenen Positionen gerecht zu werden. Sie schlugen vor, neben der „Verantwortung vor Gott“ auch das „philosophische und humanistische Erbe“ in der Verfassung zu verankern.

Am Ende verfehlten sowohl der CDU-Entwurf (29 Ja-Stimmen) als auch der interfraktionelle

Antrag (33 Ja-Stimmen) die notwendige Zwei-Drittel-Mehrheit von 46 Stimmen. Nachdem der Gottesbezug gescheitert war, stimmte auch die CDU der neuen Verfassung „mit Bauchweh“ zu. Schließlich votierten 61 der 69 Abgeordneten für die Verfassungsänderung. Es gab drei Gegenstimmen und zwei Enthaltungen. Drei Abgeordnete fehlten erkrankt.

Den neuen Verfassungstext hatte ein Sonderausschuss des Landtages in einjährigen Beratungen erarbeitet. Entstanden sei ein „Meilenstein in der Geschichte des Landes“, wie Landtagspräsident Schlie als Vorsitzender des Sonderausschusses betonte. Für weite Teile des neuen Regelwerks gab es einhelliges Lob im Landtag. Tenor: Die Landesverfassung ist nun bürgerfreundlicher und lebensnäher. Neue Staatsziele sind die digitale Privatsphäre, eine unbürokratische Verwaltung und die Inklusion von Behinderten und Nicht-Behinderten. Die dänischen Schulen werden finanziell den deutschen gleichgestellt. Die FDP forderte, auch alle deutschen Privatschulen gleichzustellen. Dies lehnte das Parlament jedoch ab. Auch der Vorschlag der Piraten, eine Volksabstimmung über die Verfassung abzuhalten, fand keine Mehrheit.

Ein weiterer Punkt: Es gelten jetzt niedrigere Hürden, wenn Bürger ein Volksbegehren und einen Volksentscheid anstoßen wollen. Für Volksbegehren beträgt das Quorum nicht mehr fünf Prozent der Stimmberechtigten – etwa 112.000 Stimmen –, sondern es reichen 80.000 Stimmen. Bei Volksentscheiden genügt künftig eine Mehrheit von 15 Prozent der Stimmberechtigten (vorher: 25 Prozent). Hiervon könnten die Kirchen profitieren. Nachdem der Gottesbezug gescheitert war, kündigte ein Kirchensprecher an, jetzt werde die Möglichkeit eines Volksentscheides geprüft.

(Drucksachen 18/196, /2115, /2116, /2361, /2327, /2365)

Den Text des Verfassungsentwurfs hat die Landtagszeitschrift in der Ausgabe 2/2014 abgedruckt.



Für den Gottesbezug: Andreas Tietze (Grüne), Synoden-Präsident der evangelischen Nordkirche, erinnerte an „die Begrenztheit menschlicher Vernunft“.



Gegen den Gottesbezug: Heiner Garg (FDP) prangerte an, was „missbräuchlich im Namen Gottes schon alles passiert ist“.

DIE SEITE FÜR DAS EHRENAMT



Viele Beschlüsse, die der Landtag fasst, haben direkte Auswirkungen auf Kommunalpolitik, Vereinsarbeit und Bürgerinitiativen.

Auf dieser Seite finden ehrenamtlich engagierte Bürger diese Themen im Überblick.

Von sechs bis 67 aktiv in der Feuerwehr

Die freiwilligen Feuerwehren in Schleswig-Holstein sollen so früh wie möglich neue Mitglieder gewinnen können. Außerdem soll das Ehrenamt in den Wehren gestärkt werden. Das sieht ein Gesetzentwurf der Landesregierung für ein neues Brandschutzgesetz vor, der nun im Innen- und Rechtsausschuss beraten wird.

Ein Punkt: Wehren sollen eine Kinderabteilung einrichten können. Mädchen und Jungen dürfen dann bereits mit sechs statt wie bisher mit zehn Jahren in die Feuerwehr eintreten. Nach dem zehnten Geburtstag wechseln sie in die Jugendabteilung. Mit 16 Jahren ist weiterhin der Eintritt in die Einsatzabteilung möglich. Für die Teilnahme an echten Einsätzen wie Bränden oder Unglücken müssen die Helfer jedoch volljährig sein.

Zudem können freiwillige Feuerwehren künftig eine sogenannte Verwaltungsabteilung einrichten. Sie bietet Menschen, die körperlich zum aktiven Dienst nicht geeignet sind, die Chance, sich ehrenamtlich zu engagieren. Außerdem wird die Altersgrenze auch für die Wehrführer und deren Stellvertreter von derzeit 65 auf 67 Jahre angehoben. Gemeindeführer können zu ihrer Entlastung künftig auch mehrere Stellvertreter haben. Diese Möglichkeit besteht bisher nur für Amts- und Kreiswehrführer. (Drucksache 18/2238)

Azo-Volksinitiative: Der Landtag hat die Volksinitiative „Neue Wege für Schleswig-Holstein - Azo endlich fertigstellen“ für zulässig erklärt. Die Abgeordneten folgten damit der Beschlussempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses. Das Gremium hatte festgestellt, dass die Initiative mit 23.312 Unterschriften das notwendige Quorum (20.000) erreicht hat und sich auf einen „zulässigen Gegenstand“ bezieht. SPD, Grüne und SSW hatten in der Juli-Tagung noch rechtliche Bedenken angemeldet. Der Vorstoß pro Azo binde die Abgeordneten in ihrer Entscheidung und schränke das freie Mandat ein, so der Einwand. Nun muss sich der Landtag bis Dezember mit dem Anliegen befassen. Lehnt das Parlament die Volksinitiative ab, können die Initiatoren über ein Volksbegehren einen Volksentscheid anstreben. (Drucksache 18/2097, /2248)

Wahlkreisausschuss: Der Landtag hat den Wahlkreisausschuss neu besetzt. In der laufenden Wahlperiode gehören dem Gremium drei CDU-Abgeordnete (Johannes Callsen, Peter Lehnert, Axel Bernstein), drei SPD-Vertreter (Kai Dolgner, Birgit Herdejürgen, Thomas Rother) und zwei Grüne (Burkhard Peters, Ines Strehlau) an. Hinzu kommen Oliver Kumbartzky (FDP), Wolfgang Dudda (Piraten) und Lars Harms (SSW). Den Vorsitz hat der Landeswahlleiter oder die

Landeswahlleiterin. Der Wahlkreisausschuss ist für die Wahlkreis-einteilung bei Landtagswahlen zuständig. Er soll gewährleisten, dass die Bevölkerungszahl eines Wahlkreises nicht um mehr als 20 Prozent vom Durchschnitt abweicht und dass Gemeindegrenzen und „örtliche Zusammenhänge“ möglichst gewahrt bleiben. (Drucksache 18/2333)

Ehrenamtskarte: Mehr engagierte Bürger als bisher können künftig von der Ehrenamtskarte profitieren. Das geht aus einem Bericht des Sozialministeriums hervor. Demnach wird die Stundenzahl, die Ehrenamtliche leisten müssen, um die Karte beantragen zu können, reduziert. Bisher waren es fünf Stunden pro Woche. Ab sofort sind nur noch drei Stunden pro Woche beziehungsweise 150 Stunden im Jahr erforderlich. Zudem sind Inhaber der „Juleica“, der Karte für Jugendleiter, nun ebenfalls berechtigt, eine Ehrenamtskarte zu beantragen. Inhaber der Karte erhalten Vergünstigungen, beispielsweise für kulturelle Veranstaltungen, Fortbildungen oder Freizeitangebote. Der Landtag hatte im Sommer angeregt, die Ehrenamtskarte attraktiver zu machen. (Drucksache 18/2281)

Veröffentlichung von Gehältern: Die Gehälter von Spitzenmanagern und Aufsichtsräten bei Landes- und Kommunalunternehmen sollen künftig veröffentlicht werden. Das sieht der Entwurf eines

„Vergütungsoffenlegungsgesetzes“ vor, den die Landesregierung dem Parlament vorgelegt hat. Der Vorstoß wird nun im Finanzausschuss beraten. Der Gesetzentwurf zielt auf Anstalten, Körperschaften und Stiftungen des öffentlichen Rechts, auf kommunale Anstalten, gemeinsame Kommunalunternehmen sowie den Sparkassen- und Giroverband. Die Initiative geht auf einen einstimmigen Landtagsbeschluss aus dem August 2013 zurück. Die Piraten hatten die Diskussion angestoßen, nachdem Spitzengehälter in kommunalen Unternehmen der Stadt Lübeck für Schlagzeilen gesorgt hatten. (Drucksache 18/2234)

Ferienwohnungen: In Schleswig-Holsteins Urlaubsorten gibt es zahlreiche Ferienwohnungen, die in reinen Wohngebieten liegen. Laut der Baunutzungsverordnung des Bundes darf der Wohnraum dort aber nicht gewerblich genutzt werden. Nach einer Reihe von Gerichtsurteilen gehen die Behörden nun in einigen Kommunen gegen die Vermieter vor. Die FDP fordert deswegen, die Bundesverordnung an die Gegebenheiten anzupassen und so „Rechtssicherheit“ für die Besitzer der Ferienwohnungen zu schaffen. Hierüber berät nun der Innen- und Rechtsausschuss. (Drucksache 18/2219)

Der Landtag in LEICHTER SPRACHE

Alle Menschen sollen verstehen, was im Landtag gesagt wird. Hier stehen Texte in Leichter Sprache.

Denn: Viele Menschen haben Probleme mit dem Lernen, Lesen und dem Verstehen.

Viele Menschen können auch nicht so gut deutsch.

Deswegen werden schwere Wörter erklärt. Die Macher dieser Seite versuchen nach den Regeln für Leichte Sprache zu schreiben.

Der Landtag ist gegen Anti-Semitismus

Das Land Israel hat im Sommer den Gaza-Streifen angegriffen. Der Gaza-Streifen ist ein Stück Land. In diesem Land lebt ein Volk. Es sind Palästinenser. Von dort haben einige Bewohner Raketen auf Israel geschossen. In Israel leben viele Juden. Israel hat mehr Waffen und Soldaten als der Gaza-Streifen. Viele Menschen fanden das ungerecht. Deswegen haben sie demonstriert. Einige Leute haben aber nicht friedlich demonstriert. Sie haben juden-feindliche Dinge gesagt. In Deutschland ist das verboten. Alle Parteien im Land-Tag sind gegen Anti-Semitismus.

Johannes Callsen von der Partei CDU sagt: Es gibt noch Juden-Hass in unserem Land. Das macht mich traurig.

Ekkehard Klug von der Partei FDP sagt: Juden dürfen in Deutschland keine Angst haben.

Lars Harms von der Partei SSW sagt: Man kann die Angriffe von Israel kritisieren. Aber man darf nicht juden-feindlich sein.

Alle Parteien sind einer Meinung. Darum haben sie zusammen beschlossen: Hass gegen bestimmte Gruppen darf nicht sein. Anti-Semitismus soll es in unserer Gesellschaft nicht geben.

Die Regierung vom Land will auch mehr tun. Sie will Juden in Deutschland schützen. Dafür überlegt sich die Regierung jetzt neue Ideen.

ERKLÄRUNG:

Anti-Semitismus heißt: Hass gegenüber Juden.

Gemeinsam zur Schule

In unserem Land sollen behinderte und nicht-behinderte Schüler zusammen zur Schule gehen. Das geht aber nicht einfach so. Inklusion muss erst vorbereitet werden. Die Schüler brauchen Hilfe und die Lehrer auch. Die Regierung vom Land hat jetzt einen Plan gemacht. An den Grund-Schulen bekommen die behinderten Schüler Hilfe. Sie wird von verschiedenen Helfern geleistet:

- von Schul-Begleitern,
- von Assistenten und
- von Sonder-Lehrern.

Die anderen Lehrer sollen geschult werden. Sie sollen mehr über behinderte Schüler wissen. Dann können sie behinderte und nicht-behinderte Schüler besser zusammen unterrichten. Und die Schulen sollen besser ausgestattet werden. Dann können sich die behinderten Schüler gut in der Schule bewegen. Und für den Unterricht ist alles da, was man braucht. Zum Beispiel Bücher oder Hefte für Schüler, die schlecht sehen können.



Heike Franzen
von der CDU

Den Plan finden nicht alle im Land-Tag gut. Heike Franzen von der Partei CDU sagt: Vieles ist nicht klar. Zum Beispiel, wie das bezahlt werden soll. Oder was die Assistenteneigentlich machen sollen. Sven Krumbeck von der Partei Piraten sagt: Der Plan ist nicht fertig. Er sagt nicht, wie viele Lehrer man überhaupt braucht.

Anke Erdmann von den Grünen sagt: Der Plan für die Inklusion ist gut. Er denkt an Alle.

Nächstes Jahr geht es los. Dann bekommen die Schulen und Städte Geld vom Land. Die Regierung hofft, dass die Inklusion gut klappt.

ERKLÄRUNG:

Inklusion an Schulen heißt: behinderte und nicht-behinderte Schüler lernen gemeinsam.



Inklusion heißt: Alle gehören zusammen



Blick in eine der Brunsbütteler Kavernen: Beim Fässer-Stapel hinten links ist das unterste Fass unter dem Gewicht der fünf darüber gestapelten Tonnen (etwa 1.000 Kilogramm) in sich zusammengesunken. Daraufhin ist der gesamte Stapel um 30 Zentimeter abgerutscht.

Rostfässer im AKW Brunsbüttel:

19.09.2014

Rüge für Vattenfall, Ermahnung an den Bund

631 Fässer mit radioaktivem Müll lagern auf dem Gelände des Atomkraftwerks Brunsbüttel. Seit Jahresbeginn häufen sich die Alarmmeldungen: Dutzende Behälter sind demoliert, leck geschlagen oder verrostet. Wie konnte es dazu kommen? Und wie kann die strahlende Altlast geborgen und in ein Endlager transportiert werden? Hierüber debattierte der Landtag Mitte September. Wenige Tage später reiste der Wirtschaftsausschuss an die Elbmündung und machte sich vor Ort ein Bild von der Lage.

Umweltminister Robert Habeck (Grüne) stellte im Landtag heraus: Von den Fässern geht keine Gefahr für die Mitarbeiter und die Bevölkerung aus. Die Behälter stehen in 5,80 Meter Tiefe in sogenannten Kavernen, unterirdischen Lagerstätten. Sie sind umgeben von eineinhalb Meter dickem Beton.

Die bis zu 250 Kilogramm schweren Fässer mit schwach- und mittlerradioaktivem Material lagern seit den 1980er Jahren in Brunsbüttel. Sie waren niemals für eine langfristige Lagerung vorgesehen, merkte Habeck an. Dennoch blieben sie in den sechs Brunsbütteler Kavernen. Schon seit den 1990er Jahren war geplant, den Abfall ins bis heute

noch nicht in Betrieb genommene Endlager Schacht Konrad bei Salzgitter (Niedersachsen) zu bringen. Der Schacht soll nach derzeitigem Stand aber frühestens 2021 den Betrieb aufnehmen.

Vor diesem Hintergrund rief Habeck den Bund auf, die AKW-Standorte mit dem Problem nicht allein zu lassen. Als erstes sollten die Zwischenlager in allen deutschen AKW untersucht werden, regte Habeck an. Bundesumweltministerin Barbara Hendricks (SPD) müsse „eine Prüfung anordnen, damit Deutschland weiß, was in den Kavernen beziehungsweise in den Lagerräumen der Atomkraftwerke lagert.“

Die Aufsicht über die Brunsbütteler Fässer liegt beim Kraftwerksbetreiber Vattenfall. Bei ihrem Besuch im Kraftwerk hakten die Abgeordneten des Wirtschaftsausschusses bei AKW-Leiter Knut Frisch nach, wie die Fässer in den teils katastrophalen Zustand kommen konnten. Es seien bis zu sechs der zentnerschweren Behälter aufeinander gestapelt worden, berichtete Frisch. Ergebnis: Die untere Schicht wurde teilweise zerdrückt. Und: Der Zustand der Fässer sei seit 2009 nicht mehr untersucht worden. Nun will Vattenfall bis Jahresende mit

Spezialkameras alle 631 Fässer unter die Lupe nehmen und dann gemeinsam mit der Atomaufsicht ein „Handhabungskonzept“ aufstellen. Eine Bergung könnte bis 2016 dauern.

Für Hartmut Hamerich (CDU), der für den zeitlich verhinderten Christopher Vogt (FDP) den Vorsitz des Ausschusses übernommen hatte, war der Ortstermin aufschlussreich: „Durch den Besuch konnten wir uns ein Bild von der Lage machen und die Problematik besser verstehen.“

In der Plenarsitzung wenige Tage zuvor hatten die Abgeordneten den Vattenfall-Konzern teilweise scharf attackiert: „In den angeblich sicheren Atomkraftwerken wurde gepfuscht,

getäuscht, und die Öffentlichkeit wurde belogen“, klagte Detlef Matthiessen (Grüne). Auch der CDU-Abgeordnete Jens Magnusen aus Brunsbüttel prangerte die „indiskutable Situation der Fässer“ an und rief die Atomaufsicht und den Vattenfall-Konzern auf, die Bevölkerung bestmöglich über die Vorgänge im Kraftwerk zu informieren. Flemming Meyer (SSW) forderte, die Fässer „in geeignete Behälter zu verpacken, um ein weiteres Austreten von Fassinhalten zu verhindern“. Und der ebenfalls aus Brunsbüttel stammende FDP-Abgeordnete Oliver Kumbartzky warnte davor, dass Zwischenlager wie Brunsbüttel „schleichend zu End- oder Dauerlagern werden“.



Informationen und kritische Nachfragen: der Wirtschaftsausschuss im Atomkraftwerk Brunsbüttel.

Ostseeparlamentarier: Mehr Geld für Jugendarbeit

Zum 23. Mal haben sich Abgeordnete aus den Anrainerstaaten der Ostsee in diesem August zu ihrer jährlichen Konferenz getroffen. Die Ostseeparlamentarierkonferenz (BSPC) im polnischen Allenstein forderte mehr Geld für gemeinsame Projekte, regte einen verstärkten Jugendaustausch an und bezog Stellung zum Ukraine-Konflikt.

Es habe unter den 200 Parlamentariern Einigkeit geherrscht, dass nur eine politische Lösung die Krise in der Ost-Ukraine beenden könne, berichteten schleswig-holsteinische Teilnehmer. Das Leitthema der diesjährigen BSPC „Streben nach Harmonie, Streben nach Vertrauen“ habe durch den Ukraine-Konflikt eine besondere Aktualität bekommen.

Der Schleswig-Holsteinische Landtag war mit einer sechsköpfigen Delegation unter Leitung des Landtagsvizepräsidenten Bernd Heinemann nach Polen gereist. Heinemann forderte die Regierungen und Parlamente an der Ostsee auf, angemessene Mittel für die EU-Ostsee-strategie und insbesondere für die Jugendarbeit in ihren Haushalten vorzusehen. „Die Politik wäre gut beraten, ein deutliches Signal für die Ermutigung der jungen Menschen im Ostseeraum zu setzen“, so Heinemann.

Auch das in Kiel ansässige Ostsee-Jugendsekretariat kam in Polen zur Sprache. Die BSPC fordert Unterstützung für das Sekretariat, das ein internationales Jugendforum etablieren will.



Für den Landtag bei der Ostseekonferenz: Angelika Beer (Piraten), Bernd Voß (Grüne), Jette Waldinger-Thiering (SSW), Ekkehard Klug (FDP), Astrid Damerow (CDU), Landtagsvizepräsident Bernd Heinemann (SPD)

Die nächste Ostseeparlamentarierkonferenz findet im kommenden Jahr in Rostock-Warnemünde statt. Mehr zur diesjährigen BSPC und zur einstimmig verabschiedeten Schlussresolution finden Sie unter www.sh-landtag.de und auf der offiziellen Web-Seite der Ostsee-Parlamentarierkonferenz www.bspc.net (englisch).

Tag des digitalen Lernens: Bits und Bytes verdrängen den Bleistift

Schulunterricht ganz ohne Kreide, Tafel, Papier und Stifte – geht das? Die Antwort lautet eindeutig: Ja.

Unter dem Motto „Digitales Lernen in der Schule“ hatte der Bildungsausschuss Mitte September ins Landeshaus geladen. Mit dabei war eine Schülergruppe vom Gymnasium Kronshagen, die ein Experiment hinter sich hatte: Mehrere Wochen hatte die Klasse den Unterricht ausschließlich mit Tablet-Computern bestritten. Vor- und Nachteile hielten sich die Waage, lautete die Erkenntnis. Positiv bewerteten die Schüler, dass sie sehr einfach miteinander kommunizieren und sich über Aufgaben und Lerninhalte austauschen konnten. Lange oder komplizierte Tafelbilder konnten sie schnell abfotografieren – ein weiterer Vorteil, der aber gleichzeitig Nachteile barg. Denn abfotografieren statt abschreiben könne schnell zur Gewohnheit werden, so die Schüler. Der Lerneffekt, den das Mitschreiben hat, bleibt dann auf der Strecke. Außerdem übten die Schüler Selbstkritik: Viele surfen lieber im Internet oder vergnügten sich mit Spielen, anstatt dem Unterricht zu folgen.

Für einen sinnvollen Einsatz von Computern oder Smartphones plädierte Medienpädagoge Prof. Stefan Aufenanger von der Universität Mainz. Er forderte, zukünftige Lehrer bereits an der Uni besser darauf vorzubereiten, die neuen Medien einzusetzen. Dafür bekam er besonders von den anwesenden Pädagogen Applaus.

Rund 90 Teilnehmer waren zu den Vorträgen und Diskussionen gekommen. Die Vorsitzende des Bildungsausschusses, Anke Erdmann



Für das digitale Klassenzimmer: Prof. Stefan Aufenanger, Florian Lienau von der Landesschülervertretung und Anke Erdmann, Vorsitzende des Bildungsausschusses

(Grüne), freute sich über das Interesse. Sie stellte aber auch fest, woran noch zu arbeiten ist: „Ich wünsche mir, dass die Lehrer, die schon etwas bewegt haben, Rückenwind bekommen, damit sie nicht nur Einzelkämpfer sind. Da sind Land und Kommunen in der Pflicht.“

MELDUNGEN

**108 Blutspender
im Landeshaus**

108 Spendewillige kamen Mitte September ins Landeshaus, um bei der zehnten Blutspendeaktion des Landtages und des Deutschen Roten Kreuzes (DRK) mitzumachen. Unter ihnen waren 27 Erstspender. Zu ihnen gehörte Pierre André Hanecke (Foto), Auszubildender der Deutschen Post. Schon im Vorfeld hatten er und seine Mitschüler an der Hanse-Schule Lübeck, einer Fachschule für Wirtschaft und Verwaltung, eine eigene Blutspendeaktion organisiert. Landtagspräsident Klaus Schlie begrüßte die Auszubildenden zu einem Gespräch und lobte ihren „klasse Einsatz“.



Bei den Aktionstagen der vergangenen zehn Jahre wurden im Landeshaus insgesamt 720 Blutspenden abgegeben. Der Landtagspräsident freut sich über diese Zahl, die „sich sehen lassen kann“. Für das DRK war insbesondere die hohe Zahl an Erstspendern ein Erfolg, denn in Norddeutschland gibt es nicht genug junge und Neu-Spender. Vor allem ältere Menschen spenden regelmäßig Blut – erlaubt ist dies aber nur bis zu einem Alter von 72.

Alleine in Schleswig-Holstein und Hamburg werden 750 Spenden pro Tag gebraucht, unter anderem für Krebs- und Herzerkrankungen, Verletzungen oder Komplikationen bei Geburten.

**Ausgezeichneter
Datenschutz im Landtag**

Die Eingangskontrolle und die Videoüberwachung des Landtages sind aus Sicht des Datenschutzes vorbildlich. Das hat das Unabhängige Landeszentrum für Datenschutz (ULD) bestätigt. Das Parlament erhielt im Juli erneut das Gütesiegel, das sogenannte Audit.

ULD-Chef Thilo Weichert lobte, dass der Landtag seine Zutrittskontrollen, seine Videoüberwachung und auch seinen Internetauftritt sowie das Petitionsverfahren einer unabhängigen Kontrolle unterworfen hat. Zudem sei es „ein besonderes Qualitätsmerkmal“, dass der Landtag dieses Thema in seinem eigenen Datenschutzgremium ständig im Blick habe.

Im „offenen und zugleich sehr sicheren Landeshaus“ sei es wichtig, dass sich die Sicherheitsmaßnahmen auf das erforderliche Maß beschränken, betonte Landtagsdirektor Utz Schliesky. Der Datenschutz für Bürger, Politiker und Beschäftigte sei „auf höchstmöglichem Niveau gewährleistet“.

Das Zutrittssystem wurde zuerst im Jahr 2004, die Videoüberwachung im Jahr 2006 mit dem Audit ausgezeichnet.

**„Mädchen kicken cooler“ –
aber der FC Landtag gewinnt**

Viele Tore und noch mehr Spendengelder: Mitte September lieferte sich der FC Landtag in Flensburg ein spannendes Spiel gegen die gemischte Mädchen- und Damenmannschaft des Integrationsprojektes „Mädchen kicken cooler“. Über 1.200 Euro kamen am Spielfeldrand zusammen. Das Geld geht an „Mädchen kicken cooler“ und das Projekt „Kein Kind ohne Sport“.

Der FC Landtag bildete eine gemeinsame Mannschaft mit den Flensburger Rathauskickern, dem FC Rat. Die Politiker erkämpften sich vor rund 50 Zuschauern einen knappen, aber torreichen Sieg. Nachdem es lange ein Spiel auf Augenhöhe war und die Gegnerinnen zwischenzeitlich sogar mit 4:3 Toren führten, konnten sich der FC Landtag und der FC Rat doch noch einen 7:5-Sieg sichern.



Sven Krumbeck (Piraten) im Einsatz für den FC Landtag

**Dank und Lob
für den Katastrophenschutz**

Landtagspräsident Klaus Schlie hat Mitte September, gemeinsam mit dem damaligen Innenminister Andreas Breitner (SPD), ehrenamtliche Katastrophenschützer im Landeshaus empfangen und ihnen für ihre Arbeit gedankt.

„Der Katastrophenschutz ist ein wichtiger Baustein für das, was ich als Heimat bezeichne“, unterstrich Schlie vor 150 Gästen. Es gebe nur wenige Länder, die auf eine so professionelle und verlässliche ehrenamtliche Struktur im Katastrophenschutz aufbauen könnten wie Deutschland. Dennoch werde das Ehrenamt, gerade bei den Feuerwehren und Hilfsorganisationen, nicht immer ausreichend gewürdigt, mahnte Schlie. Der Landtagspräsident hob die Bedeutung der Jugendarbeit hervor. So mache das Konzept der Kinderfeuerwehren Schule und führe Kinder spielerisch an den Brandschutz heran.

Der Dank des Landtages galt auch der Bundeswehr. Sie stehe bei Gefahren- und Notsituationen verlässlich bereit, betonte Schlie. In Schleswig-Holstein habe sich diese Zusammenarbeit immer wieder bewährt – ob bei der Winterkatastrophe von 1978/79 oder aber bei Überschwemmungen an Nordsee und Elbe.

PERSONALIEN

Gitta Trauernicht, SPD-Abgeordnete und ehemalige Sozialministerin, legt Ende Oktober ihr Landtagsmandat nieder. Das teilte die Fraktion mit. Trauernicht wolle sich noch stärker ihrer Arbeit als Vizepräsidentin von SOS-Kinderdorf International widmen. „Als profilierte Sozialpolitikerin und analytische Denkerin wird sie der Fraktion fehlen“, heißt es in einer Pressemitteilung. Trauernicht war von 2004 bis 2009 Sozial- und Gesundheitsministerin. In der vorigen Legislaturperiode war sie 1. Landtagsvizepräsidentin, seit 2012 stellvertretende Fraktionsvorsitzende. Ihr Nachfolger im Parlament wird **Thomas Hölck**, der schon von 2005 bis 2009 dem Landtag angehört hat.



Regina Poersch, SPD-Abgeordnete aus Eutin, wird ab nächstem Januar bis 2020 dem europäischen Ausschuss der Regionen (AdR) angehören. Der Landtag wählte sie im September einstimmig. Der AdR ist die Vertretung der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften bei der EU und trifft sich fünfmal jährlich in Brüssel. Ebenfalls im September ernannte der Landtag Europa-Ministerin **Anke Spoorendonk** (SSW) zum stellvertretenden AdR-Mitglied.

Hans-Jörn Arp, CDU-Abgeordneter aus Wacken (Kreis Steinburg), bleibt parlamentarischer Geschäftsführer seiner Fraktion. Auf ihn entfielen bei der Wahl Anfang Oktober nach Fraktionsangaben 16 von 21 Stimmen. Arp hat das Amt seit 2012 inne.

Günter Neugebauer, ehemaliger SPD-Parlamentarier aus Rendsburg, hat seine politischen Memoiren vorgelegt. Unter dem Titel „Das Wort hat der Abgeordnete Neugebauer“ blickt er auch auf seine drei Jahrzehnte im Landtag zurück und schreibt „über Heide Simonis, Affären und Geschehnisse in der Regional- und Landespolitik Schleswig-Holsteins“. Neugebauer gehörte dem Landtag von 1979 bis 2009 an. Er ist damit der dienstälteste Abgeordnete in der Geschichte des Landtages. Das Buch ist beim RD Druck & Verlagshaus Osterrönfeld erschienen.



Vivien Albers hat im Juni ihr zweijähriges Volontariat in der Redaktion der Landtagszeitschrift begonnen. Die studierte Politologin und Medienwissenschaftlerin aus Köln hat zuvor unter anderem für das ZDF, 3Sat und Super RTL sowie das Kölner Uni-Radio gearbeitet. Die Redakteursausbildung im Referat für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit ist Teil der Ausbildungsinitiative des Landtages.



Prof. Edgar Schallenberger ist im August von der Landesregierung zum „Vertrauensmann für den Tierschutz in der Landwirtschaft“ berufen worden. Der pensionierte Professor am Institut für Tierzucht und Tierhaltung der Kieler Uni soll Landwirte und Züchter beraten sowie als Ansprechpartner für Bürger und Politik wirken.

Hans-Werner Rogge ist seit Anfang August neuer Antikorruptionsbeauftragter des Landes. Der ehemalige Direktor des Landeskriminalamts löst Wolfgang Pistol ab, der auf eigenen Wunsch aus dem Amt scheidet. Der Antikorruptionsbeauftragte geht anonymen Hinweisen auf Bestechung oder Bestechlichkeit nach.

NACHRUF

Trauer um Dr. Ernst Hessenauer

Im Alter von 92 Jahren ist am 26. Juni Dr. Ernst Hessenauer in Kiel verstorben. Er war der erste Leiter des Amtes für staatsbürgerliche Bildung und leitete die heutige Landeszentrale für politische Bildung von 1956 bis 1984.



Zu seinen Hauptanliegen gehörte es, junge Menschen für die Demokratie zu begeistern und die „Staatsverdrossenheit“ zu bekämpfen, betonte der heutige Leiter der Landeszentrale, Heiko Vosgerau. Ein weiteres Herzensanliegen Hessenauers war die Verständigung zwischen Deutschland und Israel.

„Dr. Ernst Hessenauer hat die politische Bildung in Schleswig-Holstein über Jahrzehnte geprägt. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landeszentrale danken ihm für sein Lebenswerk“, unterstrich Vosgerau.

RUNDE GEBURTSTAGE

Helmut Plüschau aus Wedel, von 1996 bis 2005 für die SPD im Landtag, hat am 1. September seinen **80. Geburtstag** gefeiert.
Kläre Vorreiter aus Schönkirchen, von 1992 bis 2000 für die CDU im Landtag, hat am 10. Oktober ihren **80. Geburtstag** gefeiert.
Ingrid Olef aus Trappenkamp, von 1992 bis 1996 für die SPD im Landtag, hat am 14. Oktober ihren **75. Geburtstag** gefeiert.
Adelheid Brüchmann-Nikolay, inzwischen in Bonn lebend, von 1996 bis 2000 im Landtag (zunächst für die Grünen, dann fraktionslos), hat am 13. August ihren **70. Geburtstag** gefeiert.
Peter Jensen-Nissen aus Tolk, von 1987 bis 1988 sowie von 1992 bis 2005 für die CDU im Landtag, hat am 23. August seinen **70. Geburtstag** gefeiert.

HERZLICHEN GLÜCKWUNSCH!

Abgeordnete

IM PORTRAIT:

Beate Raudies, SPD
geb. am 1. Sept. 1966
in Elmshorn
wohnhaft in Elmshorn
evangelisch, verheiratet,
ein Kind, Steuerbeamtin



Wenn ich im Alleingang ein Gesetz beschließen könnte, würde ich ...

... Bedenken haben, weil dies undemokratisch ist. Trotzdem würde ich mich dafür einsetzen, das Betreuungsgeld wieder abzuschaffen.

Wenn ich mir einen Arbeitsplatz oder ein Amt frei wählen könnte, würde ich ...

... sehr gerne in der Krimiserie „Death in Paradise“ die Polizistin Camille sein, die an der Seite eines überkorrekten Inspektors spektakuläre Kriminalfälle auf einer tropischen Karibikinsel löst.

Um mehr Jugendliche für Politik zu interessieren, würde ich ...

... noch mehr praktische Beteiligungsprojekte und die Mitwirkungsmöglichkeiten für junge Menschen fördern. Wenn Kinder und Jugendliche in Städten und Gemeinden ihr Umfeld aktiv mitgestalten und in den politischen Gremien mitreden können, lernen sie am praktischen Beispiel, wie Demokratie funktioniert und dass Engagement sich lohnt.

Wenn ich einen Abend lang das Fernsehprogramm bestimmen könnte, würde ich ...

... die vielen Werbeunterbrechungen abschaffen.

Wenn mich ein Freund nach einem Tipp für seinen Schleswig-Holstein-Urlaub fragt, würde ich ...

... ihn aufs Fahrrad setzen und ihm den Elberadweg, den Ochsenweg oder die North-Sea-Cycle-Route (Nordseeküstenradweg) empfehlen. Alle Touren führen durch Elmshorn, da kann er bei mir einen Zwischenstopp einlegen.

Wenn ich eine Zeitmaschine hätte, würde ich ...

... mich gerne ins Jahr 1970 beamen und am 7. Dezember mit Willy Brandt nach Warschau reisen, um dabei zu sein, wenn er einen Kranz am Mahnmahl für den Aufstand im Warschauer Ghetto niederlegt – und dann auf die Knie fällt. Ich habe die Bilder damals im Fernsehen gesehen, war aber noch viel zu jung, um die Bedeutung dieser Geste zu begreifen.

Volker Dornquast, CDU
geb. am 4. Juni 1951
in Greifswald
wohnhaft in Henstedt-
Ulzburg
evangelisch, verheiratet,
drei Kinder, Beamter



Wenn ich im Alleingang ein Gesetz beschließen könnte, würde ich ...

... ein Gesetz in Kraft setzen, welches die zu hohen bürokratischen Standards abschafft und für die Zukunft verbietet (z.B. im Umweltrecht, im Tarifreugesetz, im Mindestlohngesetz und so weiter).

Wenn ich mir einen Arbeitsplatz oder ein Amt frei wählen könnte, würde ich ...

... nach der notwendigen Ausbildung Kommandant der Gorch Fock werden wollen.

Um mehr Jugendliche für Politik zu interessieren, würde ich ...

... die Lehrer unserer Schulen veranlassen, mehr über Politik zu reden, die Zusammenhänge des gesellschaftlichen Zusammenlebens objektiv zu erläutern und damit die jungen Menschen zum Gestalten ihrer eigenen Zukunft animieren.

Wenn ich einen Abend lang das Fernsehprogramm bestimmen könnte, würde ich ...

... die vielen, oft sinnlosen Talkshows absetzen.

Wenn mich ein Freund nach einem Tipp für seinen Schleswig-Holstein-Urlaub fragt, würde ich ...

... ihm die Insel Föhr, wo ich in der Kindheit alle Ferien verbrachte, oder die Insel Pellworm empfehlen.

Wenn ich eine Zeitmaschine hätte, würde ich ...

... das Jahr 2075 besuchen, um mich bei den dann verantwortlichen Menschen zu entschuldigen, für die hohen Schulden, die wir ihnen unnötigerweise hinterlassen haben.

Torsten Albig, SPD,
Ministerpräsident
geb. am 25. Mai 1963
in Bremen
evangelisch, verheiratet,
zwei Kinder, Assessor jur.



Wenn ich im Alleingang ein Gesetz beschließen könnte, würde ich ...

... sofort das Gesetz ändern, das dies ermöglicht. Es ist nie gesund, wenn ein Einzelner so viel Macht hat. Die sollten nur demokratisch gewählte Mehrheiten haben.

Wenn ich mir einen Arbeitsplatz oder ein Amt frei wählen könnte, würde ich ...

... Ministerpräsident von Schleswig-Holstein bleiben. Einen schöneren Arbeitsplatz gibt es nicht.

Um mehr Jugendliche für Politik zu interessieren, würde ich ...

... gerne noch viel öfter mit ihnen darüber sprechen, wie Schleswig-Holstein aussehen soll, wenn sie ihre Ausbildung machen, hier Arbeit finden und ihre Kinder großziehen. Ihnen das Spannende der Politik hinter den Ritualen zeigen.

Wenn ich einen Abend lang das Fernsehprogramm bestimmen könnte, würde ich ...

... alle Siegespiele von Arminia Bielefeld in Reihe geschaltet schauen.

Wenn mich ein Freund nach einem Tipp für seinen Schleswig-Holstein-Urlaub fragt, würde ich ...

... ihn zu meiner Lieblingsfischbar an der Kieler Förde mitnehmen um ihm da in Ruhe von den vielen verschiedenen wundervollen Orten in unserem Land zu erzählen, die ich bei meiner Arbeit kennenlerne.

Wenn ich eine Zeitmaschine hätte, würde ich ...

... ins Jahr 2030 reisen. Dann könnte ich sehen, wie wir unser Land am besten auf die großen Herausforderungen vorbereiten, vor die uns der Klimawandel und der steigende Anteil älterer Menschen im Land schon bald stellen werden.

IMPRESSUM

Herausgeber:

Der Präsident des Schleswig-Holsteinischen Landtages

Redaktion:

Referat für Öffentlichkeitsarbeit
des Schleswig-Holsteinischen Landtages, L143,
Düsternbrooker Weg 70, 24105 Kiel

Tobias Rischer (verantwortlich)

T: 0431/988 1120, tobias.rischer@landtag.ltsh.de

Karsten Blaas,

T: 0431/988 1125, karsten.blaas@landtag.ltsh.de

Vivien Albers

T: 0431/988 1123, vivien.albers@landtag.ltsh.de

Detlef Ziep

T: 0431/988 1527, detlef.ziep@landtag.ltsh.de

Fotos:

R. Simon, T. Eisenkrätzer, M. August, D. Ziep, K. Blaas, V. Albers, Landeszentr. f. pol. Bildung, Bundespolizei Abt. Ratzeburg/Sigurd Müller, D. Sanders, C. Langner, Landtag Mecklenburg-Vorpommern, Grafikfoto/M. Ruff, G. Peter/pixelio, Vattenfall, Europaausschuss, Fotolia.de (Titel, S.4, 12/13 und 14)

Gestaltung, Layout:

Stamp Media im Medienhaus Kiel,
Ringstraße 19, 24114 Kiel, www.medienhaus-kiel.de

Herstellung, Druck:

Schmidt & Klauing im Medienhaus Kiel,
Ringstraße 19, 24114 Kiel, www.medienhaus-kiel.de

Bezug der Landtagszeitschrift:

(Abonnement u. Versand kostenfrei)
Landtag Schleswig-Holstein, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, L149, Postfach 7121, 24171 Kiel,
T: 0431/988 1163, F: 0431/988 1119,
bestellungen@landtag.ltsh.de

Die Zeitung wird auf umweltschonend hergestelltem,
chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 10.10.2014

Der Landtag im Internet: www.sh-landtag.de



Der Abschlussjahrgang des Bernstorff-Gymnasiums Satrup (Kreis Schleswig-Flensburg) verfolgte im September die Landtagsdebatte von der Tribüne des Plenarsaals. Insgesamt nutzen pro Jahr etwa 15.000 Gäste die Informationsprogramme des Landtages.

BESUCHER IM LANDESHAUS



Zwei Bilder der Malerin Ines Ramm hängen seit August im Büro von Landtagspräsident Klaus Schlie. Die Künstlerin aus Dammende bei Flensburg kam ins Landeshaus und übergab die Gemälde mit nord-deutschen Landschaftsmotiven.

Unter dem Titel „Ich kam als Gast in euer Land gereist...“ war im September eine Ausstellung im Landeshaus zu sehen, die das Schicksal deutscher Hitler-Gegner in der Sowjetunion der Stalinzeit aufzeigte. Der Berliner Historiker Hans Coppi, Vorsitzender der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes, führte in das Thema ein.



Die Erntekrone verziert auch in diesem Herbst wieder das Landeshaus. Anfang Oktober übergaben Vertreter der Landjugend aus dem Kreis Stormarn das Schmuckstück an Landtagspräsident Klaus Schlie.



Die Leiterin der Palästinensischen Mission in Deutschland, Khoulood Daibes, war im September im Landeshaus zu Gast. Die ehemalige Ministerin der palästinensischen Autonomiebehörde hat in Hannover Architektur studiert. Seit 2013 ist sie als Botschafterin akkreditiert.





Nr. 3/2014 C 2086

Falls Empfänger-Anschrift nicht mehr zutreffend, bitte diesen Abschnitt abtrennen und korrigiert **zurücksenden an:**

Schleswig-Holsteinischer Landtag,
Referat für Öffentlichkeitsarbeit,
L149, Postfach 7121, 24171 Kiel

TERMINE, TERMINE, TERMINE ...

Die Bürgerbeauftragte vor Ort

Die Bürgerbeauftragte für soziale Angelegenheiten, Samiah El Samadoni, ist auch im Herbst wieder im Lande unterwegs, um interessierte Bürger vor Ort zu beraten.

Datum	Ort	Uhrzeit	Adresse
21. Oktober	Heide	11.00 – 15.00 Uhr	Deutsche Rentenversicherung Nord, Stiftstraße 21
6. November	Lübeck	10.00 – 17.00 Uhr	Deutsche Rentenversicherung Nord, Ziegelstraße 150
18. November	Heide	11.00 – 15.00 Uhr	Deutsche Rentenversicherung Nord, Stiftstraße 21
4. Dezember	Lübeck	10.00 – 17.00 Uhr	Deutsche Rentenversicherung Nord, Ziegelstraße 150
16. Dezember	Heide	11.00 – 15.00 Uhr	Deutsche Rentenversicherung Nord, Stiftstraße 21

Zu den Terminen ist eine Anmeldung erforderlich.
Telefon: 0431/988 1231.
Hinzu kommen die regelmäßigen „Dienstleistungsabende“ in Kiel, Karolinenweg 1: jeden Mittwoch von 15.00 Uhr – 18.30 Uhr.

Neue Plenar-Termine

Die Plenartagung im Dezember 2014 verkürzt sich auf zwei Tage (Donnerstag, der 11. und Freitag, der 12.). Die für Mittwoch, den 10. Dezember, geplante Sitzung fällt aus. Grund ist der Bundesparteitag der CDU in Köln.

Und: Die Plenartagung im Dezember nächsten Jahres findet nicht, wie geplant, von Mittwoch, dem 9., bis Freitag, den 11., statt. Stattdessen kommt der Landtag am Dienstag, den 8. und Mittwoch, den 9. Dezember 2015 zusammen. Durch die Verlegung wird eine Überschneidung mit dem Bundesparteitag der SPD vermieden.

Mehr zu Terminen und Veranstaltungen im Landtag auf

www.sh-landtag.de

25. Jahrestag der UN-Kinderrechtskonvention:

Monster-Bilder, Workshops und Postkarten-Aktion im Landeshaus

Jedes Kind hat Rechte, immer und überall – etwa das Recht auf Nahrung und Wasser, auf Schutz vor Gewalt oder auf Beteiligung. Dies ist seit dem 20. November 1989 in der UN-Kinderrechtskonvention festgehalten. Den 25. Jahrestag der Kinderrechtskonvention nimmt die Landeszentrale für politische Bildung zum Anlass, um Kinderrechte in den Mittelpunkt zu rücken.



Zentrales Element ist die Ausstellung „Monster.Kunst.Kinder.Rechte“, die vom 17. bis zum 27. November im Landeshaus zu sehen sein wird. Die Kieler Künstlerin und Juristin Inger-Kristina Wegener hat dafür 41 unkonventionelle Monsterbilder gestaltet, die jeweils mit einem Artikel der Kinderrechtskonvention verbunden sind. Die Ausstellung wird am 17. November um 19:00 Uhr im Plenarsaal des Landtages eröffnet. In der darauf folgenden Woche bietet die Landeszentrale Workshops für Schulklassen zum Thema Kinderrechte an, die von Frau Wegener im Landeshaus geleitet werden. Abgerundet wird das Angebot durch eine Postkartenaktion für Schulklassen.

Bitte melden Sie sich für die Teilnahme an der Ausstellungseröffnung bei der Landeszentrale für politische Bildung an (E-Mail: lpb@landtag.ltsh.de, Tel. 0431/988-1644). Unter dieser Adresse erhalten Sie auch weitere Informationen über die Schul-Workshops und die Postkartenaktion.